

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Altekraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgepaltenen Kolonelspalt 1 Mark.
Geschäftsinsereate finden keine Aufnahme.



350 000

Die Gottentötensblockierer und alle übrigen Feinde der modernen Arbeiterbewegung jubeln und überschlagen ihre mehr oder weniger holden Stimmorgane im Triumphgeschrei darüber, daß die Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen nicht einen relativ höheren Stimmenzuwachs erhalten und im neuen Reichstag durch eine verminderte Zahl von Mandaten vertreten sein wird. Und gewisse nicht mehr zweifelhafte Freunde stellen tief sinnige Betrachtungen an, welchen Einfluß denn wohl dieser Ausgang des Wahlkampfes auf die fernere Entwicklung der Arbeiterbewegung ausüben werde. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung, das Organ der Kohlen- und Eisenmagnaten, erhebt gar die Frage, ob die freien Gewerkschaften sozialdemokratisch bleiben oder ob sie frei sein werden. Dem Scharfmacherorgan antworten wir: Die Gewerkschaften werden frei bleiben, sie werden sich weder unter das Joch des Nationalistensablistums noch unter das einer anderen bürgerlichen Partei begeben. Aber ihre Mitglieder werden sich in Zukunft in noch größerer Zahl als bisher der sozialdemokratischen Partei anschließen. Und damit versinken alle Hoffnungen, die unsere offenen und versteckten Feinde auf eine Änderung des Kurzes der modernen deutschen Arbeiterbewegung im Busen hegen. Der Fortschritt dieser Bewegung ist unaufhaltsam. Wir sind schon heute wieder in der angenehmen Lage, unseren Gegnern eine große Freude zu bereiten. Während auf dem politischen Schlachtfeld sich die Schlammflut des Reichslügenverbandes und des Gottentötensblocks in Rede, Schrift und Lichtbildern dahinwälzte, hat die Gewerkschaftsbewegung keinen Augenblick stillgestanden. Ganz besonders der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist stetig seine Bahn gezogen. Vor genau 42 Wochen konnten wir das „Jubiläum“ einer Auflage von 300 000 Exemplaren der Metallarbeiter-Zeitung begehen. Und heute ist die Auflageziffer von

350 000

schon um ein erkleckliches überschritten. Wir haben also wieder einen bedeutenden Schritt vorwärts gemacht, sind über eine Hauptstation auf dem Wege zu den 400 000 hinausgekommen. Kein Zweifel: wir werden ohne Aufenthalt auf dieses nächste Ziel losmarschieren und es in nicht zu ferner Zeit erreichen. Dafür bürgen uns die Entschlossenheit und die Tatkraft unserer Verbandskollegen, die gegen alle Anbiederungen der Dattelheimromantiker taub bleiben und selbst über einen etwaigen christlich-Hirsch-Dunckerisch-gelben „Block“ hinwegmarschieren oder ihn in den Boden stampfen werden.

Unsere Mitgliederzahl ist im Jahre 1904 um nicht ganz 40 000 gestiegen, 1905 vermehrte sie sich um mehr als 60 000 und 1906 stieg sie um zirka 70 000. Die Auflageziffer der Metallarbeiter-Zeitung war bei

Nr. 38 am 22. September 1900: 100 000
= 49 = 23. Dezember 1904: 200 000
= 17 = 28. April 1906: 300 000.

Von Jahr zu Jahr steigerte sich die Zunahme der Mitglieder, die Zeiträume zur Erreichung eines weiteren Hunderttausend Auflage der Zeitung wurden kürzer. Werden wir nun in gleicher Weise fortzuschreiten vermögen? Die Vorbedingungen dazu sind in jeder Hinsicht vorhanden. Unser Rekrutierungsgebiet ist noch ein sehr großes. In Rheinland-Westfalen, im Saargebiet und in Schlesien sind noch weite Gebiete zu erobern und „urbar“ zu machen, dort ist für uns noch unendlich viel zu „kolonisieren“. Und auch im übrigen Deutschland ist noch so manche „Flaggenhissung“ möglich. Die zurzeit noch herrschende günstige industrielle Konjunktur ist für unsere Absichten ebenfalls sehr förderlich. Wenn die Metallarbeiter von dieser Konjunktur auch möglichst großen Nutzen ziehen wollen, so müssen sie sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen. Denn je zahlreicher unsere organisierten Scharen werden, je einheitlicher sie vorgehen, je mehr finanzielle Mittel ihnen zur Verfügung stehen, desto größeren Erfolg werden ihre Bestrebungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben.

Kollegen, Metallarbeiter Deutschlands! Ernst ist die Zeit, denn unsere Gegner gehen mit finsternen Plänen schwanger. Rufen wir uns deshalb rechtzeitig, um den uns drohenden Gefahren energig begegnen zu können. Wenn wir unsere Reihen immer weiter ausdehnen und sie dichter schließen, werden alle Anschläge der Feinde auf unsere Existenz und auf unsere Organisation wirkungslos abprallen. Unsere Parole bleibt deshalb wie bisher, so immerdar:
Vorwärts! Hoch der Deutsche Metallarbeiter-Verband!

Der Tarifvertrag in Deutschland.

Die arbeitsstatistische Abteilung des Reichsamtes für Statistik in Berlin hat jüngst drei Bände über den Tarifvertrag im Deutschen Reich veröffentlicht, die viel Material enthalten und daher eines gewissen sozialpolitischen Wertes nicht entbehren. Die Sammlung wurde eingeleitet durch eine im Juni 1903 im Reichs-Arbeitsblatt veröffentlichte Aufforderung an die Arbeiter und Unternehmer, vorhandene Tarifverträge dem Statistischen Amte einzusenden. Um die Mitte des Jahres 1905 wurde die Sammlung geschlossen. Es waren 1577 Tarifverträge eingelangt worden, und zwar die meisten davon von den freien Gewerkschaften durch die Vermittlung der Generalkommission, während die Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften und die christlichen Gewerkschaften sowie die Unternehmer nur wenig zu der Sammlung beigetragen haben. Diese verschiedene Beteiligung an der Sammlung von Tarifverträgen entspricht eigentlich auch dem Anteil der Mitwirkenden an der Schaffung von Tarifverträgen. Sie sind in der Hauptsache das Werk der freien Gewerkschaften, die sie in zahlreichen Kämpfen errungen, den Unternehmern abgezwungen haben, und wobei die Hirsch-Dunckerischen und Christlichen entweder gar nicht oder dann meistens nur in bescheidenem Maße mitwirkten. Diese Verhältnisse sind insofern sehr interessant, als die Tarifverträge als „Friedensdokumente“ bezeichnet wurden, Christliche und Hirsch-Dunckerische friedliche Leute sein wollen und den Klassenkampf verabscheuen, den sie den freien Gewerkschaften zum Vorwurf machen, um sie so zu denunzieren und zu diskreditieren, während alle Tarifverträge nur die Ergebnisse des Klassenkampfes sind, mag er sich nun in der friedlicheren Form der Lohnbewegung oder in der Form des offenen Krieges von Streik und Aussperrung abspielen.

In der Einleitung des ersten Bandes wird gesagt, daß nach Schätzung heute im Deutschen Reich etwa 3000 bis 4000 Tarifverträge vorhanden sind, „während vor 10 Jahren der Begriff des Tarifvertrages in weiten Kreisen noch kaum bekannt war“. Das mag in rein formeller Beziehung zutreffen. Man nannte die Vereinbarungen zwischen organisierten Arbeitern und Unternehmern früher Lohnarif, heute aber nennt man sie Tarifvertrag. Tatsächlich werden gemeinsame Vereinbarungen angestrebt und sind auch erreicht worden, so lange gewerkschaftliche Vereinigungen bestehen, also seit mehr als 40 Jahren. Das war auch von allem Anfang an ihre Aufgabe, denn der Erkenntnis, daß der einzelne Arbeiter gegenüber dem Unternehmer machtlos, daß der sogenannte „freie“, das heißt individuelle Arbeitsvertrag ein Humbug und die gemeinschaftliche Festsetzung der Arbeits- und Lohnbedingungen mit den Unternehmern eine dringende Notwendigkeit sei, verdanken ja alle Gewerkschaften ihr Dasein. Dabei kann zugegeben werden, daß der heutige Tarifvertrag sich nicht nur dem Namen, sondern auch der Form und dem Inhalt nach, und zwar zu seinem Vorteil von dem früheren Lohnarif unterscheidet, worin sich eben auch hier der Fortschritt und die Weiterentwicklung bekundet.

Sodann werden in der Einleitung mehrere Resolutionen gewerkschaftlicher Arbeiterorganisationen und wirtschaftlicher Unternehmervereinigungen mitgeteilt, um die wechselseitige Stellungnahme der Parteien zu den Tarifverträgen darzutun. Bemerkenswert ist besonders der Umschwung der Bauunternehmer, die heute fast auf der ganzen Linie für die vertragliche Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse sind, so daß denn auch die Baugewerbe die relativ meisten Tarifverträge aufweisen.

Weiter wird konstatiert, daß heute in Deutschland die Tarifverträge noch in überwiegendem Maße sich auf das Handwerk beschränken und nur zum Teil für die Großindustrie gelten, die aber ebenfalls erobert werden muß. Deshalb hat hier die Bewegung wohl zuerst eingesetzt. Die Tendenz geht dahin, diese Bewegung weiter auszudehnen auf die großindustriellen Gewerbe. Im Ausland, in England und den Vereinigten Staaten, ist die Entwicklung in dieser Hinsicht zu einem Teile bereits vollzogen, besonders sind es der Kohlenbergbau, die Baumwollindustrie und die Eisenindustrie, die in diesen Ländern überwiegend zur kollektiven Festsetzung der Arbeitsbedingungen übergegangen sind. Vorbedingung für diese Entwicklung, gerade in industriell vorgeschrittenen Gewerben, ist beiderseitige starke Organisation. Nur starke Organisationen vermögen getroffene Abreden bei ihren eigenen Mitgliedern zur Durchführung zu bringen und die Beachtung auch seitens des Gegenkontrahenten durchzusetzen. Die Vorbedingungen sind in Deutschland auf Arbeiterseite erst in den letzten 15 Jahren, auf Arbeitgeberseite erst in den letzten fünf Jahren geschaffen worden.

In objektiver Weise werden die Vorteile und Nachteile der Tarifverträge für die Arbeiter und Unternehmer erörtert und dabei schließlich auch der Einwand der letzteren dagegen

hervorgehoben, daß der Tarifvertrag in Gewerben mit rasch sich ändernder Technik, zum Beispiel der Maschinenindustrie, die Beweglichkeit der Industrie wesentlich behindere, und daß besonders bei den Bestrebungen, nationale Tarife herbeizuführen, eine nicht genügende Berücksichtigung der großen örtlichen Verschiedenheiten des gleichen Gewerbes innerhalb Deutschlands stattfindet. „In der Maschinenindustrie zum Beispiel seien die Verhältnisse in Deutschland beinahe in jeder einzelnen Fabrik so verschieden gelagert, daß eine Schablonisierung hier unmöglich sei. Was endlich die Stellung der Arbeitgeber noch besonders erschwere, sei, daß erfahrungsgemäß der Ablauf eines Tarifvertrags zur Aufstellung weiterer Forderungen veranlasse, daß die Arbeiterorganisationen nicht rein wirtschaftlicher Natur seien, sondern sich mit der politischen Organisation der Arbeiter nahe berühren und daß die Unklarheit der rechtlichen Regelung des Tarifvertrages den Wert, den die Tarifverträge vielleicht haben könnten, noch weiter herabsetze.“

Alle diese kapitalistischen Einwände gegen den Tarifvertrag halten die sachliche Kritik nicht aus. Warum soll bei gutem Willen auf Seiten der Arbeiter und der Unternehmer bei Abschluß eines Tarifvertrags nicht den Veränderungen der Technik, der Beweglichkeit der Industrie Rechnung getragen werden können? Sind nicht die in der deutschen, österreichischen, schweizerischen, englischen, amerikanischen u. Maschinenindustrie vorhandenen zahlreichen Tarifverträge Beweise genug dafür? Eine direkte Widerlegung der speziell in Hinblick auf die Maschinenindustrie vorgebrachten Einwände sind die nach Abschluß der vorliegenden Sammlung im Frühjahr 1906 geschaffenen 33 Tarifverträge, durch die die große deutsche Formverbewegung, an der 36 195 Arbeiter, teils als Streikende, teils als Ausgesperrte, beteiligt waren, beendet wurde. Die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Fabriken der Maschinenindustrie hat also die für ganze ausgedehnte Bezirke geschaffenen Vereinbarungen nicht verhindert; die „Schablonisierung“ war auch noch niemals ein Hindernis für die Unternehmer, Arbeitgeber-Verbände, Kartelle, Syndikate, Trusts u. zu bilden, gemeinschaftlich Minimalpreise, einheitliche Lieferungsbedingungen und dergleichen mehr festzusetzen.

Das Streben der Arbeiter, neue Tarifverträge für sie günstiger zu gestalten, als die alten waren, ist doch so etwas selbstverständliches, daß darüber kein Wort zu verlieren ist. Es bleiben ja auch die Verhältnisse auf allen Gebieten nicht unveränderlich, nicht stille stehen, sondern es ist im Gegenteil hier beständig alles in Fluß und der fortwährenden Umwandlung unterworfen. Sollte denn der einmal geschaffene Tarifvertrag aller Weisheit letzter Schluß, das Ende aller Dinge sein? Eine solche Zumutung ist denn doch in höchstem Grade merkwürdig.

Und wie liegen denn die Dinge ohne Tarifvertrag? Geben sich denn die Arbeiter in den „tariffreien“ Betrieben für alle Ewigkeit mit den heute bestehenden Verhältnissen zufrieden? Das fällt ihnen gar nicht ein; sie fordern ebenfalls fortschreitende Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse, und wenn die „tariffreien“ Unternehmer die Forderungen nicht bewilligen, so kommt es eben zum offenen Kampfe, zum Streik. So war es bisher und so würde es auch in Zukunft gehen, wenn nicht die tarifvertragliche Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse immer allgemeiner würde. Mit oder ohne Tarifvertrag müssen die Arbeiter immer wieder neue Verbesserungen der Arbeitsbedingungen fordern, da die Veränderungen in den Verhältnissen sie dazu zwingen und mit oder ohne Tarifvertrag müssen die Unternehmer Zugeständnisse machen und die an sie gestellten Forderungen je nachdem ganz oder teilweise bewilligen. Gegenüber dem wilden anarchischen Zustand bietet aber der Tarifvertrag den unschätzbaren Vorteil des gesicherten Friedens und Waffenstillstandes für beide Parteien und die leichte Möglichkeit, in friedlicher Form den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen und die Verhältnisse in den Betrieben den erhöhten Anforderungen entsprechend umzugestalten.

Ein völlig unhaltbarer Einwand der Unternehmer gegen den Tarifvertrag ist auch die alte, namentlich in der Deutschen Arbeiterzeitung bis zum Gel breitgetretene Phrase von dem teilweise „politischen Charakter“ der Gewerkschaften. Das ist erstens nur in ideeller Weise der Fall, zweitens hindert es den Abschluß von Tarifverträgen nicht im mindesten; hat damit gar nichts zu tun, und drittens sollten die Unternehmer in diesem Punkte ganz schweigen, denn ihre wirtschaftlichen Vereinigungen treiben seit jeher in unbeschränkter Weise geheime oder öffentliche Politik, Klassenpolitik, ohne danach zu fragen, ob sie in den Rahmen ihrer wirtschaftlichen Vereinigung paßt oder nicht. Der Zentralverband deutscher Industrieller zum Beispiel ist eine der mächtigsten und einflussreichsten wirtschaftlich-politischen Vereinigungen, der 1899 sogar der Reichsregierung 12000 Mk. für die Agitation zugunsten der Zuchtlausvorlage spendete.

Geradezu stumpfsinnig ist der Einwand des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in seinem Geschäftsbericht für 1905, der in der vorliegenden Arbeit zitiert ist, daß an den Lohnstarif nur der Arbeitgeber gebunden sei, während der Arbeitnehmer seine Stellung verlassen kann, wenn es ihm beliebt. Soll der Einwand kein bloßer schlechter Witz sein, um den Mangel an gutem Willen für den Abschluß von Tarifverträgen zu verleiern, so ist er, wie gesagt, geradezu Stumpfsinn. Der Tarifvertrag wird nicht für bestimmte Personen abgeschlossen, sondern für eine Gesamtheit, eine Mehrzahl von Arbeitern. Jeder einzelne behält dabei ganz selbstverständlich seine unbeschränkte persönliche Freiheit des Arbeitswechsels, die unbeschränkte Freizügigkeit. Aber für den austretenden Wilhelm kommt wieder der Karl, der den geltenden Tarifvertrag anerkennt, seinen Bestimmungen sich unterwirft und auch Mitglied der Organisation ist, die allein für die Beobachtung des Tarifvertrags, den sie mitgeschaffen hat, verantwortlich ist.

Wie sieht es nun auf der anderen Seite aus? Garantiert der Unternehmer bei Abschluß des Tarifvertrags und mit dem Abschluß desselben jedem einzelnen Arbeiter, der in diesem Augenblick gerade in seinem Betrieb beschäftigt ist, die Fortdauer der Arbeit bis zum Ablauf des Vertrags? Das fällt ihm nicht im Traume ein und das verlangt auch kein Arbeiter und keine Organisation von ihm. Unter diesen Umständen hat der Unternehmer die gleiche Freiheit, den einzelnen Arbeiter zu entlassen, wie dieser die Freiheit, die Arbeit zu verlassen.

Es kommt aber noch etwas anderes in Betracht. Es kommt nicht selten vor, daß der Unternehmer seinen Betrieb an einen anderen Kapitalisten oder auch an eine Aktiengesellschaft verkauft und in jedem solchen Falle tritt ein anderer an seine Stelle. Auch Fabrikdirektoren u. als Leiter von Aktiengesellschaften wechseln und wie groß ist wohl erst der Wechsel der Aktionäre, der Aktienbesitzer? Die Arbeiter könnten also eine ganze Handvoll Unsicherheiten auf kapitalistischer Seite anführen und es daher als eine Unmöglichkeit erklären, mit ihr irgend einen Vertrag, besonders einen Tarifvertrag von eventuell mehrjähriger Dauer einzugehen. Aber das tun sie nicht, denn sie sind keine Formelkrammer und Reinschreiber Menschen, sondern nehmen das Leben, wie es ist und verbinden damit die Durchführung ihrer Bestrebungen.

Die Christlichen im Wahlkampf.

Das Zentrum ist den christlichen Gewerkschaftsführern, den Herren Giesberts, Schiffer, Brupp und Konjorten, zu großem Danke verpflichtet. Sie haben mit Eifer und Erfolg daran gearbeitet, die Bewegung der christlichen Arbeiter gegen den Zolltarif zu unterdrücken und damit einen Abfall weiter Wählermassen vom Zentrum vorzubringen. Es ist ein Schandmal, wenn die ultramontane Presse es so darzustellen versucht, als ob sich damals, in den erregten Jahren, die den Zolltarifverhandlungen im Reichstag vorangingen, die katholischen Arbeiter passiv verhielten, und sich dann ohne Widerstreben in die Zollpolitik des Zentrums hineingefunden hätten. Nein, in den Jahren 1901 und 1902 machte sich in der katholischen Arbeiterschaft eine weit- und tiefgehende Opposition gegen die Lebensmittelpolitik bemerkbar. Christliche Arbeiter erschienen massenhaft in den von sozialdemokratischer Seite veranstalteten Protestversammlungen, ihre Führer ergrißen dort das Wort, bekundeten ihre Zustimmung zu den Ausführungen der sozialdemokratischen Redner und einstimmig erfolgte in solchen Versammlungen die Annahme der Protestresolutionen. Auch die christliche Gewerkschaftspresse, vor allen Dingen das Blatt der Metallarbeiter, nahm in zahlreichem und entschiedenen Artikeln Stellung gegen die ultramontane Zollmehrpolitik; in Köln und anderen Städten des Reichs kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den sozialdemokratischen katholischen Arbeitern und den auf die Zentrumspolitik eingehängenen Führern, wie Brupp, Giesberts u. s. w. Schon bestanden sich die Zollgegner unter den christlichen Arbeitern, daß sie verweigert, ihre Redner niedergeschrieben würden. Dem Zentrum wurde harte angefaßt dieser Bewegung; in seiner Zeit machte es den Ausschlag des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften mobil, der einen Beschluß fassen mußte, daß die Zollfrage eine parteipolitische Frage und infolgedessen aus der Diskussion in den Versammlungen und der Presse der christlichen Gewerkschaften ausgeschlossen sei. Dieser Beschluß machte die Bewegung gegen die Zollpolitik in den Kreisen der christlichen Arbeiter ein Ende; ein kleiner oppositioneller Kreis blieb in Düsseldorf, später in München-Maxbach erhalten, der es aber nicht zu einem merklichen Erfolg brachte. Die Herren Brupp und Giesberts, die getrennte Zentrumskampagne, bestanden die Überhand; das Zentrum konnte ungehindert den großen Dank auf die Löhne der arbeitenden Bevölkerung unternehmen; die gewöhnlichen Agitatoren trüben die Hand mit den christlichen Gewerkschaftsführern die Zollmehrpolitik des Zentrums als eine Last der „ausgehenden Gerechtigkeit“, überden das gütliche Gesagte mit dem Zentrumspolitiker der Wälder- und Wälderemigration — und so hat dann das Zentrum, wenn gewiß auch zahlreich katholische Arbeiter ins sozialistische Lager abgewandert, die Wahl von 1905 ohne Schaden an seinen Mandaten, ja mit einer beträchtlichen Vermehrung seiner Stimmengahl überstanden.

Das hat das Zentrum nicht zum wenigsten dem Wirken der Brupp, Giesberts und anderer Arbeiterführer zu verdanken, die kein Bedenken tragen, die Arbeiterinteressen der Agitatoreninteressen zu opfern. Für diesen schändlichen Versuch an dem Wohl ihrer Klasse sind die Herren dann getätigt belohnt worden. Herr Brupp erhielt im Jahre 1905 ein Mandat, und Herr Giesberts wurde im Jahre 1905 als Nachfolger Schillers in den Reichstag gewählt. Und bei der letzten Wahl ist eine weitere Anzahl von christlichen Arbeiterführern für wichtig befunden worden, für die Zwecke, die sie der Zentrumspartei bei der Zolltariffrage und bei anderen Gelegenheiten erwiesen haben, mit einer Reichstagskandidatur belohnt zu werden. Einige Arbeiterkandidaten hatte das Zentrum aufgestellt in Effen (Giesberts), Dortmund (Brupp), Bochum (Schiff), Dinslaken (Giesberts), Borken-Necklinghausen (Schiff), Arnberg-Diye-Meschede (Beder), Hamm-Sock (Giesberts), Solingen (Schiff), Witten (Giesberts), Essen (Giesberts). Durch diese Arbeiterkandidaturen zeigte sich einseitig das Zentrum den christlichen Gewerkschaftsführern gegenüber für den Eifer, die katholischen Arbeiter für die zentrale Politik einzusetzen und von dem Reichstag an die allgemeine Arbeiterbewegung heranzuführen, während das Zentrum den katholischen Arbeitern entgegen, die ebenfalls einzusetzen begannen, was sie für eine trügerische Rolle im Zentrum spielen, das in seiner Reichstagskandidatur auf mehr als hundert Mitglieder hätte einen einzigen Arbeiter hatte — ein Arbeiterkandidat, das gar nicht passen will zu der reichgeprägten

„Bolschewik“ und „Arbeiterfreundlichkeit“ des Zentrums. Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, hat sich das Zentrum zu der Aufstellung einer größeren Anzahl von Arbeiterkandidaten verstanden, nicht ohne das von den „besseren“ Zentrumskandidaten Widerspruch gegen diese Arbeiterkandidaturen erhoben wurde. So waren von dem Wahlkreis Komitee in Saarbrücken und ebenso von dem in Osnabrück Arbeiter als Zentrumskandidaten aufgestellt worden, in Saarbrücken der Gewerkschaftssekretär Bernerius, in Osnabrück der Arbeitersekretär Schwertmann. In beiden Wahlkreisen aber mußten auf das Eingreifen einflussreicher Zentrumskandidaten die beiden Arbeiterkandidaten weichen, an ihre Stelle trat in Saarbrücken wie in Osnabrück ein Zentrumskandidat!

Im übrigen aber ist es interessant, sich die Wahlkreise mit den ultramontanen Arbeiterkandidaten etwas näher anzusehen. Die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung bemerkt, als sie die Liste der betreffenden Wahlkreise und ihrer Kandidaten veröffentlichte, daß darunter fünf sichere Wahlkreise, während die übrigen zum größten Teil sehr unsichere seien. Was es damit auf sich hat, beweist der Umstand, daß von den christlichen Arbeiterkandidaten ganze drei im ersten Wahlgang gewählt wurden — diese könnten also höchstens als „Nichtwähler“ angesehen werden, während zwei in die Stichwahl gelangten. Man sieht: die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums hat auch hier sehr enge Grenzen. Die drei Wahlkreise mit Arbeiterkandidaturen, die das Zentrum im ersten Wahlgang durchgebracht hat, sind Cham (Schirmer), Borken-Necklinghausen (Schiff) und Arnberg-Diye-Meschede (Beder). Dabei muß man wissen, daß das Zentrum den Wahlkreis Borken-Necklinghausen selber für gefährdet hielt. Der bisherige Vertreter war der Schreinermeister Euler, ein junger Mann, der die Manieren eines Stummen auf jüngerlichem Boden im Kleinen abte. Der Mann hatte sich durch sein gewerkschaftsfeindliches Gebahren den Unwillen der Christlichen in einem Maße zugezogen, daß es das Zentrum für geraten fand, ihn nach dem bombastischeren Eriker zu verpflanzen, wo die Zentrumswähler derart gut erzogen sind, daß sie auf des Pfarrers Geheiß auch einen Schreiner wählen. An Eulers Stelle trat der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Herr Matthias Schiff, der ansersehen war, den Wahlkreis, den das Zentrum von der Sozialdemokratie bedroht sah, zu retten. Es hat auch hier langer Verhandlungen und Auseinandersetzungen bedurft, bis die Zentrumskandidaten in Borken-Necklinghausen, die von ihrem Herrn Euler nicht lassen wollten, sich mit dem Kaufe einverstanden erklärten und Herrn Schiff in Gnaden als Kandidaten anmaßten. Wie es dabei zugegangen ist, zeigt ein Brief, den der verabschiedete Herr Euler an einen Dortmunder Parteifreund richtete:

„Man hätte mit mir, als 15-jährigen treuen Vertreter des Wahlkreises, anständigerweise in Führung treten sollen, anstatt mit geschäftigen, allen christlichen Grundsätzen hohnsprechenden Mitteln mich als nicht pflichttreu oder gar als dem Zentrum in den Rücken fallend darzustellen. Wegen diesen überflüssigen Kampf und besonders gegen solche unläuteren Kampfmittel eigener Parteigenossen, die man unter unfäglichen Opfern bei einem düsteren Reichstag 13 1/2 Jahre lang vertreten hat, protestiere ich ganz entschieden. Im übrigen sind mir so viel ehrende und anerkennende Äußerungen aus dem Wahlkreis zugegangen, daß dieselben das verlennerische, vielfach beleidigende Gebahren der „Christlichen“ vollkommen aufwiegen.“

Nicht minderen Schwierigkeiten ist der ultramontane Arbeiterkandidat in dem Wahlkreis Arnberg-Diye-Meschede begegnet. Dessen bisheriger Vertreter, der bekannte Herr Fußangel, hatte es mit vielen seiner Kollegen von der Zentrumspresse und schließlich auch mit der Provinzialleitung der westfälischen Zentrumspartei verstanden. Er sollte künftighin werden und dazu war der Arbeitersekretär Beder in Hagen ansersehen, durch den man die Stimmen der Arbeiter zu gewinnen hoffte. Bei dem Ansehen, das Fußangel bei den kleinen Bauern und Handwerkern genoss, die an ihm als Kandidaten festhielten, war auch hier der Ansehung ungewiß, tatsächlich rechnete das Zentrum halb und halb mit dem Verlust des Wahlkreises, während mit einer Entscheidung. Indessen ist Beder gewählt worden im ersten Wahlgang und Fußangel, der Unterlegene, hat sich mit einem Schreiben von seinem bisherigen Wahlkreis verabschiedet, das recht interessante Sätze an die Parteiführer enthält:

„Was jemals die Wahrheit geschändet, wenn jemals die Freiheit mißbraucht, wenn jemals das Recht in sein Gegenteil verkehrt worden ist, so ist es in diesem Wahlkampf gegen mich geschehen. Und die offizielle Parteileitung hat ruhig zugegesehen; ja sie hat sogar ihren Segen dazu gesprochen... Ich denke nicht daran, mit gewissermaßen Faust an den „Zentrumskandidaten“ zu pochen, dessen Schwächen niemand besser kennt als ich. Es müßten schon große objektive Rechtfertigungen sein, die mich bewegen könnten, mich je wieder in einen Wahlkampf, wenigstens für meine Person, zu begeben; denn was alles mir in den letzten Jahren unter der heuchlerischen Devise für Wahrheit, Freiheit und Recht zugefügt worden ist, hat mich dermaßen mit Eitel und Überdruß erfüllt, daß ich mich für, als „vergifteter“ Mann lösen zu lassen.“

Wie man sieht, sind es nicht gerade ehrenvolle Äußerungen, womit das Zentrum seine Arbeiterkandidaten beirrat. Mißliebige Abgesandte zu erweisen, wie Herr Euler, oder unbekannt Leute zu verdrängen, wie Herr Fußangel, oder — wie das in den übrigen Wahlkreisen geschah — in jeder Hinsicht durch Spekulation auf den Stimmensinn der Klasse den Arbeiterkampf zu betreiben, da das Zentrum in solchen Kreisen mit Kandidaten aus der bestehenden Klasse keine Chancen mehr zu machen vermag.

Die französische Gewerkschaftsbewegung.

Von Jean Longuet.
(aus dem 31. Berichtsjahre der höchsten Allgemeinen Föderation der Gewerkschaften.)

Es mußte Gewerkschaften zu verstehen, was der Eifer sich zeigte, diesen einzuwickeln, daß in Frankreich die Gewerkschaften — nicht wie in England, 60 oder 80 Jahre älter zu sein als die sozialistische Partei — in der letzten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts das höchste Stadium der französischen Bewegung gemachten hat.

Die ersten modernen Gewerkschaften wurden am Ende des zweiten Jahrzehnts in Paris und Lyon errichtet. Dies geschah besonders unter dem Einfluß der Internationalen Arbeiterassoziation, nachdem das Gesetz von 1864 die Strafe legalisiert hatte. Am Ende des Jahres von 1870 wurde die Bewegung sehr gut; mehrere Gewerkschaften in Paris hatten eine feste Mitgliedschaft. Der Gewerkschaftsverband von Orpèdes hatte 12000 Mitglieder, von

denen 6000 regelmäßig ihre Beiträge bezahlten. Die erste moderne Arbeiterbewegung — während der Jahre 1864 bis 1870 — war im direkter Verbindung mit der politischen Bewegung. Ihre Führer, mit Ausnahme des „alten Gewerkschafters“ Tolain, waren Sozialisten wie Barlin, Malon, Frandel, Zheif. Als die schrecklichen Niederlagen des Krieges und die Erbitterung der arbeitenden Klasse in der Proklamation der Kommune endeten, waren die Gewerkschaftsführer die ersten, die in die gesetzgebende Körperschaft der Pariser revolutionären Regierung gewählt wurden.

Die entsetzlichen Meutereien, durch die die Kapitalistenklasse diese erste proletarische Revolution unterdrückte, schwächten für lange Zeit die Arbeiterbewegung in Frankreich. Einige, wenn auch schwächere Versuche zu Organisationen unter dem darauf folgenden wildreaktionären Regime tauchten im Jahre 1873 auf. 1876 wurde in Paris ein erster Arbeiterkongress abgehalten; 1878 ein zweiter in Lyon. Zu derselben Zeit begann die sozialistische Bewegung, von der die Bourgeoisie sich eingebildet hatte, sie sei für immer im Blute der Kommunen erstickt worden, aufs neue zu wachsen und nunmehr die Leitung der neuen Gewerkschaften den gemäßigten „Positivisten“ aus den Händen zu nehmen, die nach der Niederlage der Kommune einige Jahre lang die Arbeiterbewegung geleitet hatten. In den Jahren 1879 bis 1883 vollzog sich die Durchsetzung der Gewerkschaften mit den Prinzipien der neuen sozialistischen und Arbeiterparteien. 1882 erfolgte auf dem Kongress in St. Etienne die erste Spaltung der sozialistischen Bewegung. Die Uneinigkeit dauerte fort, bis 1889 die Partei reorganisiert wurde und in den Jahren 1904 und 1905 die Wiedervereinigung erfolgte.

Diese Spaltungen zwischen den sozialistischen Sektionen brachten natürlich auch Streitigkeiten in die Gewerkschaften. Dies geschah auch bei der ersten Zentralisation der französischen Gewerkschaften, der Fédération des Syndicats ouvriers, die 1886 auf dem ersten Gewerkschaftskongress in Lyon gegründet wurde. Es geschah, daß die Leiter dieser Föderation zu der gleichen Sektion der sozialistischen Bewegung, zu der „Guesdistischen Partei“ gehörten (die der Leitung von Jules Guesde folgte). Darum opponierten die, die zu anderen sozialistischen Sektionen gehörten, gegen die Föderation als einer „guesdistischen“ Institution. 1892 wurde die Fédération des Bourses du Travail (Föderation der Arbeitstischbörsen) gegründet, die in sich jene neuen Arbeiterinstitutionen vereinigte, die in gewisser Beziehung den englischen Trades Councils (oder den deutschen Gewerkschaftsvereinen, Reg. d. M.-Z.) ähnlich sind. Zwischen diesen beiden Zentralisationen begann 1892 auf dem Kongress zu Marseille ein Streit und auf dem Kongress zu Nantes im Jahre 1894 stellte sich die Majorität in dem Streite über den Generalstreik auf die Seite der Föderation der Arbeitstischbörsen.

Die guesdistischen Führer verließen den Kongress, aber die Mehrheit ihrer eigenen Mitglieder blieb nicht bei ihnen. Sie hatten den großen Fehler begangen, sich zu wenig um das Gewerkschaftswesen zu kümmern und alle ihre Zeit und ihre Stärke ihrer politischen Partei zu widmen. Die Folge war, daß ohne sie eine neue allgemeine Föderation wiedergegründet wurde. Im nächsten Jahre, 1895, gehörten die Gründer der neuen Zentralisation der französischen Gewerkschaften, der Allgemeinen Konföderation der Arbeit (Confédération Générale du Travail) zum großen Teil zu der „allemanischen“ Sektion der sozialistischen Bewegung, die sich mehr als alle anderen französischen Sozialisten für die wirtschaftliche Organisation der arbeitenden Klassen und die Gründung von Gewerkschaften, verbunden mit politischer Aktion, interessierten. Aber die Spaltungen in der sozialistischen Bewegung und in den Jahren 1896 bis 1904 (seit dem Eintritt Millerands in die Regierung) noch mehr das fortwährende Zusammengehen mit den bürgerlichen Radikalen und dessen Folgen, die im August 1900 erfolgte neue Spaltung der Partei im Jahre vorher reorganisierten sozialistischen Partei, verdrängte eine große Zahl von Gewerkschaftsführern die Lust zu politischen Aktionen aller Art. Sie entwickelten sich nunmehr in der Richtung zu der Taktik der sogenannten direkten Aktion, einer halb-anarchistischen Auffassung von der Arbeiterbewegung, die sonst nirgends in der Welt geteilt wird, mit alleiniger Ausnahme der spanischen anarchischen Gewerkschaften in Barcelona und dann noch der „Syndikalisten“ in Italien, wo dies aber tatsächlich nur eine „intellektuelle“ Bewegung ohne starke Gefolgschaft in den italienischen Gewerkschaften ist.

Diese unnatürliche Situation und dieser Antiparlamentarismus waren die Folgen der Streitigkeiten und der Spaltungen in der sozialistischen Bewegung. Daraus erklärt sich auch die Schwäche der Gewerkschaften, die nicht nur eine geringe Zahl von eingeschriebenen Mitgliedern hatten, sondern eine noch geringere von Mitgliedern, die regelmäßig ihre Beiträge zahlten. Der französische Arbeiter zahlt nicht gern die Beiträge zu seiner Gewerkschaft regelmäßig. Dies ist schon immer ein großes Hindernis für die französische Arbeiterbewegung gewesen. Ich glaube, daß eine der Ursachen darin zu suchen ist, daß — während man in Ländern wie England schon gesagt hat, die Gewerkschaften seien zu sehr Unterstützungsvereine — unsere Gewerkschaften im Gegensatz dazu zu wenig Unterstützungseinkünften haben, so daß der Arbeiter kein unmittelbares Interesse daran hat, sich ihnen anzuschließen. Einer meiner Freunde, ein junger sozialistischer Arzt, hat seine Praxis in einem großen Vorort von Paris ausübt, sagt mir vor einigen Tagen, es sei tatsächlich nicht wahr, daß der französische Arbeiter nicht gern seine „cotisations“ (wie wir sagen) zahle, wenigstens zu reinen Unterstützungsvereinen. Dazu zahlen sie lieber hohe Beiträge. Dies war der Fall in allen Familien, wo mein Freund seine Patienten besuchte und dies erklärt, weshalb der französische Arbeiter nur wenig Geld für die Gewerkschaft oder für die Partei übrig hat, wo er nur ideale Interessen zu vertreten glaubt. Wir können aber sagen, daß die Sache sich ändert. Die Organisation der französischen Arbeiterklasse befreit sich von Tag zu Tag. Vor 18 Monaten ist endlich die Einigkeit in der sozialistischen Partei verwirklicht worden und es wurde dadurch möglich, die politischen und die ökonomischen Organisationen in nähere Verbindung zu bringen.

Bei den im Mai 1906 vorgenommenen Wahlen zur Deputiertenkammer stellte die vereinigte sozialistische Partei in den 590 Wahlkreisen mehr als 300 Kandidaten auf. Sie erhielt über 900000 Stimmen. Die Kandidaten 52 Mitglieder ins Parlament anstatt, wie früher, 37. Unter den neuen Parlamentenmitgliedern sind: Guesde, Allemane (ein früherer Schriftsteller) und Broussé, so daß mit Jaurès und Vaillant, die schon Mitglieder waren, die fünf Leiter der früheren Sektionen zum erstenmal gleichzeitig Parlamentenmitglieder und Repräsentanten der geeinigten Partei sind. Unter den anderen neuen Mitgliedern haben wir einen Bergarbeiter, Gomaug (es sind nunmehr vier Bergarbeiter, die zur sozialistischen Partei gehören, im Parlament); zwei Metallarbeiter oder Maschinenbauer, Grosjean (schon 1893 bis 1902 Mitglied gewesen) und Dubois; einen Arbeiter, Ghesquière; vier Handlungsgeschäftler, Rogier (Generalsekretär eines Verbandes), Durre, Melin und Bonnez; einen Postamentier (lace maker), Givélet (neft Solambier und Appleton einer der Organisatoren der internationalen Föderation der Postamentiere); einen Landarbeiter und Landwirt, Ricotez Léandre; einen Schauspieler, Cartier; einen Journalisten, Baronne; und zwei Rechtsanwälte, Marietons und Bimès. Wir haben 17 Sitze gewonnen und nur zwei verloren. Außerdem sind noch 22 „unabhängige Sozialisten“ vorhanden, die aber in Wirklichkeit sehr von der (bürgerlichen) radikalen Partei abhängen und beinahe immer zugunsten unserer radikalen Regierung stimmen. Unter

biesen finden wir solche Leute, die es verschmähen, sich den Klassen-

Zu derselben Zeit wurden mehrere von den Leitern der Kon-

Gewalt läßt sich noch viel gegen diese Resolution und die be-

Jedenfalls wird in den französischen Gewerkschaften wiederum

Die Gewerkschaftsbewegung wächst in prächtiger Weise. Nach

Table with 4 columns: Year, Members, Year, Members. Rows for 1890-1906.

Die Zahlen sind sicherlich zu hoch, weil unser Arbeitsamt jede

Zu der Konföderation der Arbeit zählten die angeschlossenen

Während der letzten zwei oder drei Jahre machte sich haupt-

Artenarbeiter, die Säbholzarbeiter, die Tabakarbeiter (die Tabak-

Auch zeigte sich ein interessantes Wachstum der Gewerkschaften

Allenthalben werden die Arbeiter ihrer Klasseninteressen mehr

Zur Generalversammlung.

Gegen die in Nr. 5 gemachten Ausführungen über Staffels-

Was der Kollege Otto Brümme über eine allgemeine Beitrags-

Sch. Geiger, Heidenheim a. d. Brenz.

Das Verlangen, klassifizierte Beiträge in unserem Verband

Das Genossenschaftswesen.

[?] „Das Schicksal der deutschen Arbeiter hängt davon ab,

Eins allerdings ist eingetreten, was auch Naumann nicht vor-

Über das Wie, das Warum u. s. w., sowie über die aus der schweren

Soweit die Gewerkschaftsbewegung der deutschen Arbeiter in

Die politische Kraft der deutschen Arbeiterklasse wurzelt eben

Über noch eine andere Seite der organisierten Wirtschaftsb-

Ist der politische Einfluß der Arbeiterklasse auf eine im Leben

Kommt dazu eine Regeneration der seitherigen politischen

So wie die Cadres der gewerkschaftlichen Organisationen sich

Das Jahrbuch des Zentralverbandes der deutschen Konsum-

Dieser Zentralverband umfaßt die Mehrheit der deutschen

Der Umfang der Konsumvereine des Zentralverbandes und der

Die Konsumvereine hatten zusammen einen Grundbesitz im Werte

Der Umfang der gesamten (2100) deutschen Konsum-

Und da durch die gegebene, höchst präkäre politische Situation,

allgemeine Lage der Arbeiter hinzuweisen. Natürlich erwähnte ich auch die Feuerung der Lebensmittel und ihre Ursachen und Wirkungen, dabei die bevorstehenden Wahlen freifend, wobei ich aber vermied, irgend eine Partei zu nennen und zu empfehlen. Die Quintessenz meiner Ausführungen war die Empfehlung der freien Gewerkschaften und speziell des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die in Wenden eine bedeutende Metallindustrie vorhanden ist. Daß dieses den zahlreich anwesenden Mitgliedern des „christlichen“ Verbandes nicht behagte, ist begreiflich, und daß die beiden Diskussionsredner, Pamer und Weinbrenner, mich als Wolf im Schafspelz hinstellten und in bekannter M.-Gladbacher Art Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften bekämpften, kann nicht anders verlangt werden. Daß der Vorredner, ein Arbeiter, der noch nie eine öffentliche Versammlung geleitet hatte, fünf Minuten Redezeit vorschlug, ist eine Lauffache, die mit Wonne ausgeglichen wird. Man habe unbeschränkte Redezeit durchgesetzt, schreibt der fromme Artikelschreiber, verschweigt aber, daß ich selbst dafür eingetreten bin, von Durchsehen kann gar keine Rede sein. Der Artikelschreiber meint, ich habe ein merkwürdiges Meierat gehalten, auch sollen meine Ausführungen kraft und satiflos gewesen sein. Allerdings spricht es nicht für besondere Geistesgröße der beiden Diskussionsredner, wenn sie zur „Überlegung“ der einstündigen Ausführungen zwei Stunden nötig hatten. Daß meine Ausführungen kraft und satiflos und die der Diskussionsredner durchschlagend und geistvoll waren, ist ganz natürlich, das ist im christlichen Blättchen immer so. Ich lese das „Organ“ seit sechs Jahren und habe gefunden, daß dies stets so war. Unsere Referenten redeten immer konfus, kraftlos u. i. v. Ich tröste mich da mit meinen Kollegen. Im übrigen ist die Sache so, wie der Diskussionsredner Weinbrenner bemerkte, daß immer etwas hängt bleibt. Das war auch hier so. Unsere Bewegung hat durch die Versammlung einen Anstoß bekommen, der sich schon bemerkbar macht. Unser Verband wird in Wenden Fuß fassen. Auch hat die Versammlung manchem christlichen Arbeiter Stoff zum Denken gegeben. Kurz, wir sind ganz zufrieden mit der Versammlung. Wenn uns der Anhang des Artikelschreibers nicht die Lokale abtreiben würde, „blamierten“ wir uns noch öfters genau auf die Weise wie am 13. Januar. Aber die guten Christen in Wenden wollen uns vor einer neuen Blamage behüten und da treiben sie uns die Lokale ab. Es sind eben Gemeinwesen, sie lieben ihren Nächsten mehr wie sich selbst. Als Dr. Sigl einst meinte, daß sie aus Prinzip schwindeln, hat er seine Glaubensgenossen nur verkannt. Ich kenne sie besser. S. Jäger.

Erstakt. Wir sind gezwungen, wieder einmal die Spalten unseres Verbandsorgans zu benutzen. Diesmal handelt es sich hauptsächlich um die Welfirma Kästner & Zöbelmann (Kampfenfabrik). In diesem Betrieb werden zirka 450 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Wir haben nicht die Absicht, den ganzen Betrieb zu besprechen, sondern nur die dringlichsten Angelegenheiten. Da ist zuerst die Sturmlaternenklemmerei. Die Arbeiter dieser Abteilung waren bis vor kurzem ein gar friedlich Völkchen, sie waren für keine gewerkschaftliche oder sozialistische Anregung zugänglich. Früher, ja ganz früher, da sah es einmal aus, als sollten auch sie von den Frühlingstürmen der Arbeiterbewegung mit fortgerissen werden. Anlässlich einer Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen rafften sich eine Anzahl Arbeiter auf und schlossen sich unserer Organisation an. Aber die Herrlichkeit sollte nicht lange dauern. Der damalige, jetzt schon einige Jahre verstorbene Chef, Zöbelmann, verbot den Arbeitern in seiner Reservhauptmannsart den Anschluss an die Organisation und die Arbeiter — gehörten. Sie traten aus dem Verband aus und für die Betriebsleitung begann wieder das Schlaraffenleben und für die Arbeiter der Winterschlaf. So oft auch Versuche unternommen worden waren, die Arbeiter in ihrer Mehrzahl für den Gedanken der modernen Arbeiterbewegung zu interessieren, stets scheiterten die Bemühungen. Ja erst im Oktober 1906, als wieder eine öffentliche Fabrikversammlung einberufen worden war, fiel es den meisten gar nicht ein Traume ein, auch nur an die Versammlung zu denken. Und sie hätten wahrlich alle Ursache gehabt, sich einmal über ihre schlechte Lage aufzuklären zu lassen. Nur die Gürtler, Monteur und Former, die in ihrer Mehrzahl schon mehrere Jahre organisiert waren, hatten das Vergnügen, den anderthalbjährigen Vortrag des Kollegen Leber anzuhören. Doch es sollte etwas anders kommen. Kurz vor Weihnachten hörte man starkes Klagen, namentlich aus der Sturmlaternenklemmerei, über schlechte Bezahlung, Behandlung, Ventilation, Platz, kurzum über alles. Da drängten die Arbeiter selbst zu einer Werkstattpflichtung, die auch gleich abgehalten wurde. Darin wurde ein ganzer Rattenförmig von Missetäten aufgedeckt. Das Resultat war für uns ein sehr günstiges. Die Kollegen sahen ein, daß sie nur durch Zusammenschluß, durch Organisation ihre Lage verbessern können. Doch es sollte noch besser kommen. Als die Firma merkte, was die Glocke geschlagen hatte, inserierte sie flugs nach tüchtigen Klemmern auf Weißblecharbeiten. Einige Kollegen, die es nicht für nötig gehalten hatten, die immer wiederkehrende Mahnung des Hauptvorstandes zu befolgen (sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung zu erkundigen), fielen natürlich hinein, denn es wurde ihnen ein Stundenlohn von 30 Pf. bezahlet. Auf Grund dieser Vorkommnisse fand am 21. Januar wieder eine außerordentlich stark besuchte Werkstattpflichtung statt, in der wir Zustände kennen lernten, die wir uns nicht hätten träumen lassen. Hier wurden die Kollegen aufgefordert, alles was sie bedrückte, der Wahrheit gemäß vorzubringen, da das gesammelte Material durch die Presse an die Öffentlichkeit gelangen sollte. Hierauf entrollte sich folgendes allerliebste Bild: In der Sturmlaternenklemmerei waren früher zirka 40 Personen beschäftigt, der Platz für jeden Arbeiter ist äußerst beschränkt, alles steht voll Kästen und Kisten, so daß zeitweilig gar nicht durchzukommen war. Dieser Raum soll jetzt 60 Klemmern Platz bieten, was absolut nicht möglich ist. Aber es wird riskiert. Die Ventilation ist die denkbar schlechteste. Wenn in einem solchen Räume zirka 60 Gasflammen brennen, gerühen einige Fensterklappen nicht, zumal diese bei unangenehmiger Witterung überhaupt nicht geöffnet werden können. Die „Garberobe“ ist sehr schlecht, die Kleidungsstücke müssen überall herumgehängt werden. Ebenso ist die Wassereinrichtung miserabel. Zehn Kollegen müssen sich in einem Becken waschen. Meistens wird in Akkord gearbeitet, jedoch ist auch der Akkordverdienst sehr gering. Derselbe wurde durch technische Veränderungen noch verschlechtert. Verdienste von 15—21 Mk. die Woche sind am häufigsten, 22—24 Mk. die wenigsten. Es gibt zum Beispiel für 100 Sturmlaternenverteile zu löten 7 1/2 Pf. (sieben-einhalb Pfennig). Resultat: bei angestrengter Schufterei 2,50 Mk. pro Tag, und solche Löhne bietet man verheirateten Leuten an. Ein anderes Beispiel: Für eine andere Arbeit wurden vom Meister für 100 Stück 2 Mk. angefast. Als die Probe gemacht war, mußte der Preis nach Aussage desjenigen Meisters auf mindestens 9,50 Mk. für 100 Stück festgesetzt werden. Ein Klemmer mußte eine Lehre machen, die anderthalb Tage in Anspruch nahm, als er die Zeit bezahlet verlangte, wurde sie ihm nicht bezahlet, es wurde ihm ganz einfach gesagt: Na, Sie haben ja mit der alten Jahr Geld verdient, insoweit können Sie ja auch eine neue machen. Die Behandlung durch den Meister läßt auch viel zu wünschen übrig, was ja unter solchen Verhältnissen auch gar nicht anders möglich ist. Derselbe Meister verlangte ja auch, daß man ihm alles berichten sollte, was in der Versammlung gesagt worden sei. Na, er soll diesen Artikel zu lesen bekommen, da wird er alles, was er noch nicht weiß, finden. Ein Vorarbeiter erklärte den Klemmern, die sich beschwerten, daß sie auf Grund der technischen Veränderungen nichts mehr verdienen könnten, sie sollten nur ein paar Stunden Lohn mehr angeben (!). In der Verzinnererei sieht es noch viel schlechter aus. Die Arbeitszeit soll eine zehnstündige sein, jedoch müssen sehr oft Überstunden ohne Zuschlag gemacht werden. Die Lohnverhältnisse sind folgende: Stundenlohn 30 Pf. Der Akkordverdienst sieht ungefähr so aus: Für 100 Stück kleine Bassins gibt es bei Vergabe von 300 Stück 35 Pf. = 1,05 Mk. Diese Bassins noch einmal so groß, derselbe Preis, Resultat 1,05 pro Tag. Der Wochenverdienst stellt sich bei voller Arbeitszeit mit Überstunden auf 25 Mk., jedoch sind Verdienste von 14 Mk. pro Woche nichts seltenes, ja sogar mit 9 Mk. sind die Leute heimgeschickt worden. In der Verzinnererei ist noch ein Mann angefast, der den Verzinneren Hilfe leisten soll. Diesem müssen jedoch die Verzinnerer von ihrem ohnehin schon schlechten Lohne noch 18 Mk. die Woche auszahlen. Um früh gleich gehegte Ofen zu haben, zahlen die Verzinnerer auch noch 4 Pf.

pro Ofen für das Anheizen. Alle vierzehn Tage brauchen sie ein neues Hemd, alle drei Wochen ein paar Holzpanntoffel, die Arbeitshosen betteln sie sich bei den anderen Arbeitern der Fabrik, weil sie sich von ihrem geringen Lohne nicht so viel kaufen können, denn sie wollen doch auch leben. Früher belamen die Verzinner noch Holzschuhe und Hosen geliefert, das gibt es aber schon lange nicht mehr. Die sanitären Einrichtungen in dieser Betriebsabteilung sind geradezu grauenhaft. Die Werkstätte wurde vergrößert, jedoch wurden die Ofen unpraktisch angelegt, auch sind diese baufällig, so daß sie immer tüchtig rauschen. Beschweren sich die Arbeiter, so heißt es: Macht sie rein. Ventilation ist nicht vorhanden, der Gestank pestilenzial. Der Chef hält sich ja auch ein Tuch vor den Mund, wenn er notgedrungen einmal hinein muß. Früher belamen die Arbeiter, die mit Giftstoffen zu arbeiten haben, pro Tag einen halben Liter Milch, das gibt es jetzt nicht mehr. Zum Abtrocknen der Säure und des Schweißes bekommen die Arbeiter alte ekelhafte Lumpen. Einen Raum, wo sie das Essen einnehmen könnten, gab es erst nicht, dann sollte der Frühstückstisch in die Backerei kommen, wo es arg stinkt, dann in die Gelbbrennerei, da stinkt es auch nach Säuren. Die „Garberobe“ wurde in das Kesselhaus verlegt. Diese bestand früher aus einem alten Fehz Sackleinwand, der immer wieder von den Säuren zerfressen wurde. Kleine unkontrollierbare Arbeiten bezahlte der Meister überhaupt nicht. Beschweren sich die Arbeiter bei der Betriebsleitung, so heißt es: Wenn es euch nicht paßt, können wir euch als Verzinner nicht mehr gebrauchen. Wahrscheinlichungen äußerst mangelhaft. Die Leute haben nach ihrer eigenen Aussage eine ganz anormale Hautfarbe. In der Drückerei steht es ebenfalls nicht zum besten aus. Werkzeuge und Maschinen recht schlecht. Wassereinrichtungen äußerst mangelhaft und viel zu wenig. Schutzvorrichtungen schlecht, Handtücher hängen oft vierzehn Tage und noch länger. Akkordlöhne spotten teilweise jeder Beschreibung. Stundenlöhne schwanken zwischen 25 und 48 Pf. Größter soll am häufigsten vertreten sein. In der Schleiferei sieht es äußerst schlecht aus. Die Verdienste werden immer schlechter, sie sinken oft bis auf 15 Mk. und noch weniger. Sanitäre Einrichtungen sehr mangelhaft, ebenso der Platz. Die Leute haben ungenügend Bewegungsfreiheit an den Maschinen. So ziemlich dasselbe trifft auch auf die Buherei zu. In der Gürtlerei und Montage sieht es besser aus. Behandlung ist gut, Löhne gegen die geschilberten besser. Dafür wird hier aber eine ausgedehnte Lehrlingszucht betrieben, bei 11 Gesellen 12 Lehrlinge. Die Former können auch nicht besonders klagen. Es soll aber auch gleich erwähnt sein, daß Gürtler, Monteur und Former fast vollständig organisiert sind und die Verhältnisse durch den Druck der Organisation allmählich gebessert wurden und noch gebessert werden. — Es wären noch eine ganze Masse Missetäten anzuführen, wir wollen jedoch den Raum dieser Zeitung nicht übermäßig in Anspruch nehmen, außerdem sind wir der Meinung, daß die Betriebsleitung in Gemeinschaft mit dem Gemeinverwalter alle Hände voll zu tun bekommt, wenn das hier festgelegte verbessert werden soll. Wir sind nun weit davon entfernt, alle diese Missetäten auf das Konto der Betriebsleitung allein zu setzen. Im Gegenteil, in den Werkstätten, wo die Arbeiter organisiert sind, wurde auf deren Verlangen immer Abhilfe geschaffen. Anders ist es mit den Indifferenten. Diese Leute werden gar nicht richtig angehört und fällt es diesem oder jenem ein zu mußtzen, so wird mit der Hungerpeitsche gedroht. Die Arbeiter wagen infolgedessen nichts zu unternehmen, auch werden ihre Sinne von verschiedenen Seiten durch aborne Vereinskassierei, durch Fabrikangereiseste und sonstige Alotria von der Wirklichkeit ihrer Lage abgelenkt. Daß bei einer Anzahl die Schnapskacke das „tägliche Brot“, überhaupt das A und O ihres ganzen Daseins ist, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Aber gerade bei diesen Leuten sieht es am traurigsten aus. Das Schmarotzertum findet hier einen guten Nährboden, es kann einer dem anderen nicht trauen und die Folge davon ist Unkollegialität in höchstem Maße. Des Geistes Kinder unter der Arbeiterschaft stehen, sei kurz beleuchtet. Ein Arbeiter glaube annehmen zu können, daß er nicht mehr lange in diesem Betrieb bleiben dürfe, worauf ihm ein anderer erwiderte: „Komma, gehe mit in den Gefangenenverein, da wirst du nicht herausgeschmissen.“ Die Verdummung der Arbeiter wird aber auch noch außerhalb der Fabrik betrieben. Dieses Amt hat der Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie für sich in Anspruch genommen. Von Zeit zu Zeit wird das Blättchen Der Erfurter Arbeiter vom Portier an die Arbeiter gratis verteilt, denn Geld gibt ein anfängiger Mensch für solch geistigen Unrat nicht aus. Daß aber der saubere Reichsverband kein Glück hat, beweisen die jetzt so zahlreich erfolgten Anmeldungen zum Deutschen Metallarbeiter-Verband. Auch können wir diesen Berufsblütern noch verraten, daß zahlreiche Arbeiter sich in neuerer Zeit die Tribüne zugelegt haben. Den Kollegen von Kästner & Zöbelmann aber rufen wir zu: Kollegen, laßt euch nicht betören, mag man aufstellen, was man will, haltet fest zur Fahne, tretet in Massen dem Verband bei, so, wie ihr es in letzter Zeit getan habt, denn ihr seid berufen, für die gesamte Gelbmetallindustrie Erfurts bahnbrechend vorzugehen. Schon regt es sich in den anderen Fabriken. Man wittert Morgenluft. Aber auch den übrigen Arbeitern der hiesigen Kampfenfabriken rufen wir zu: Macht endlich aus, kommt heraus aus den dunklen Werken der Verleumdung, tretet ein in die kämpfenden Reihen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes!

Gebelsberg. Am äußersten Ende der Stadt, wo der Weg zum Klosterholz führt, geht auch der Weg zum „Himmel“, alwo die Firma Jellinghaus ihr Etablissement errichtet hat. In diesem „Himmel“ praxelten vor wenigen Wochen noch zirka 15 Schmiedeseuer. Umgeben von Qualm und Rauch und von Schweiß triefend, schafften da Menschen, denen es absolut nicht einleuchten wollte, jetzt schon im „Himmel“ zu sein. Durch diesen „Himmel“ sah man ab und zu, gleich dem biblischen Engel Gabriel, Herrn Jellinghaus fegen, zwar nicht mit gezücktem Schwerte, aber mit heftigen Worten zur Eile antreibend und ansprechend, damit ja keine Minute Zeit verloren ginge. Und außer Herrn Jellinghaus bemerkten die Arbeiter noch eine schwankende Gestalt, bei der man im Ungewissen blieb, ob Himmelsfreude aus ihrem Antlitz strahlte oder ob die Spuren freudig durchlebter Nächte darin zum Ausdruck kamen. Man sagte uns, das sei der Kompanion, der eigentliche Geddann der Firma im „Himmel“. Der Glaube der Arbeiter, nicht im „Himmel“ zu sein, führte schließlich anlässlich der von der Firma willkürlich verlängerten Arbeitszeit zu Vorstellungen. Dann kam eine Strafregelung und schließlich Arbeitsüberlegung. Inzwischen ist es bedenklich still im Betrieb geworden, so daß die Gefahr besteht, daß, weil die Schlägereiarbeiter die Arbeit nicht wieder bedingungslos und unter schlechteren Verhältnissen aufnehmen, die dort beschäftigten anderen Arbeiter aus Mangel an Vorarbeit entweder bald entlassen werden oder ebenfalls still liegen müssen. Daher ist es auch wohl verständlich, daß man im „Himmel“ wiederholt nach Ersatz für die Streikenden Umschau gehalten hat. Man glaubte auch solchen gefunden zu haben. Einem schönen Abends ging nämlich die Zäre des Meisterzimmers auf und herein trat ein „Fallhammer-schmieb“, der seine Dienste der Firma anbot. Der Meister schilberte ihm, wie schön es im „Himmel“ sei, es werde darin schwer Geld verdient, die Stellung sei lebenslanglich, aus dem „Himmel“ werde so leicht kein Mann entlassen. Wer könnte solch verlockenden Anerbietungen standhalten, besonders wenn er kein Engel ist und noch nicht im „Himmel“ war? Der Fallhammer-schmieb, der aus Dortmund stammte und deshalb keine Ahnung von unserem „Himmel“ hatte, versprach die Arbeit anzunehmen. Raum zurückgekehrt nach Dortmund, erhielt er auch schon einen Brief aus dem „himmelschen“ Etablissement von Jellinghaus folgenden Inhaltes: „Gebelsberg i. B., den 31. Januar 1907. Herr H. S., Dortmund. . . . Sie sind bereit, Sie einzustellen und können Sie am Montag den 4. dieses Monats mit einem Zuschläger anfangen. Zeilen Sie uns aber noch mit welchem Zuge Sie hier einzudressen gedenken. Achtungsvoll Jellinghaus & Cie.“ Nach diesem Schreiben fehlte es also nicht nur im „Himmel“ an Fallhammer-schmieben, sondern auch an Zuschläger. Kein Wunder, daß man auch den Zug von solchen nach dem „Himmel“ wünschte. Mit Spannung sah man der Ankunft der Fremdlinge entgegen. Ganz sicher war man der Sache anscheinend nicht, oder aber man dachte immer noch, daß die „Ausständigen“ wieder klein beigegeben würden, wenn ihnen gehörig zugefetzt würde. Aber

der Einwirkung der Behörde gab sich daher der eine der Prinzipale vom „Himmel“ dazu her, den einzelnen Streikpöken zu erklären, wenn sie nun nicht bald wieder anfangen, kämen sie überhaupt nicht mehr ins Werk. Doch umsonst. Schließlich blieb eben keine andere Hoffnung, als die auf den Zug von Dortmund. Und siehe da! Als ob nach Zeichen und Wunder geschähen, traf im Augenblick der höchsten Bedrängnis bei der Firma ein Brief aus Dortmund ein, der die Kunde brachte, die Firma werde aus aller Fein erlöst werden. So etwas bedingt natürlich außergewöhnliche Aufmerksamkeit, woran man es auch nicht fehlen ließ. Der Meister erhielt deshalb den Befehl, sich „in Lack zu werfen“ und den Anbimmelnden ein herzliches Willkommen zu bieten. Aber nicht auf dem Bahnhof zu Gebelsberg wartete er, sondern auf dem zu Mißpe. Warum? Darüber gibt folgender Brief Aufschluß: „Dortmund, den 4. Februar 1907. Herr Jellinghaus, Gebelsberg! Da ich um Strickwagttag gern mein Wahlrecht ausübe und ich auch als Stimmzettelverteiler der nationalliberalen Partei helfen muß, so ist es nicht möglich, vor Mittwoch anzufangen. Da mir vorige Woche, auf dem Rückweg von Ihnen, die Streikpöken sagten, daß sie die Bahnhofe besetzt hielten, so werde ich durchfahren bis Mißpe und dort 12.49 eintreffen. Einen Zuschläger bringe ich mit. Sollte jemand von Ihnen am Bahnhof sein bei unserem Eintreffen, wäre uns das sehr lieb, da wir dann nicht viel zu fragen brauchen. Achtungsvoll H. S., Dortmund. . . .“ Also aus diesen Gründen unternahm der Meister „im Sonntagtag am Werkeltag“ den Ausflug nach Mißpe. Verdenken konnte man es ihm und der Firma ja nicht. Ein „nationalliberaler“ Fallhammer-schmieb nebst Zuschläger und obendrein noch „Stimmzettelverteiler“, so was ist nicht alle Tage zu haben. Also der Meister wartete. Der Zug lief pünktlich 12.49 mittags ein. Der Meister harzte beim Willeter und musterte die einzelnen, die den Bahnhof verließen. Doch die Erwarteten waren nicht darunter. Als schon fast alle den Bahnhof hinter sich hatten, glaubte der Meister in den letzten, die sich dem Ausgang näherten, die Dortmunden vermuten zu können. Doch wurde sein Gesicht immer länger. Denn es befanden sich unter den Anbimmelnden einer der Streikenden, ferner der Expedient der Freien Presse und die Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die sich davon überzeugen wollten, ob der Meister wirklich genau aufpasse. Der Meister machte wohl ein verdüstertes Gesicht, doch schien er die Anwesenheit dieser Leute mehr einem Zufall zuzuschreiben, als einer bestimmten Absicht. Die „Kontrollen“ ließen sich natürlich auch nichts anmerken und so glaubte der Meister, daß „die Dortmunden“ wahrscheinlich den Zug verpaßt und mit dem nächsten eintreffen würden. Er machte es sich deshalb in der Bahnhofswirtschaft bequem und engagierte dort einen weiteren „Arbeitswilligen“, den er mit mehreren Glas Bier traktierte. Da der Mann noch in keiner Schlägerei, wohl aber in einer „Schmette“ gearbeitet hatte, wurde ihm gesagt, daß er angeleitet werden solle. Auch solle er nicht in Altvorderde wohnen bleiben, sondern herüberziehen in die Nähe der Fabrik, wo er (der Meister) dafür sorgen werde, daß er in ein Logis komme, in dem es gute bürgerliche Kost gibt. Der Mann versprach anzutreten, er wolle nun in seinem Logis noch Bescheid sagen und dann wieder nach dem Bahnhof zurückkehren, der Meister solle so lange warten. Und noch einmal wartete der Meister, um am Abend, betäubt wie ein Lohgerber, dem die Felle fortgeschwommen, nach seinem „Himmelreich“ zurückzuführen, aber ohne Arbeitswillige. Herr Jellinghaus ist also nach wie vor mit seinen Getreuen im „Himmel“ allein. Der Bericht, den ihm der Meister erstattet hat, möchten wir mitangehört haben! — Die Ausständigen sagen sich nach wie vor, daß es unter den momentanen Verhältnissen keine andere Parole geben könne, als den Zug nach der Schlägerei im „Himmel“ fernzujagen. Die Firma rechnet sich auch zu den Ordnungsparteien und sie nimmt für sich sogar den behördlichen Schutz in Anspruch. Hoffentlich überzeugt sie sich aber, daß zur Herstellung von „Ordnung“ im Betrieb des „Himmels“ das beste Mittel ist, den Ausständigen entgegenzukommen.

Harburg a. G. Mehrfach werden durch Annoncen Schlosser, Dreher, Fräser u. i. v. nach hier gesucht. Vor allem ist es die Schlosserei von H. Holz, die daran beteiligt ist. Nun dürfte es nicht unangebracht sein, darauf zu verweisen, daß die Lage Harburgs als Durchgangstation schon an sich einen starken Zustrom von reisenden Kollegen zur Folge hat, weshalb Arbeitergesuchen hier fast momentan entsprochen werden kann. Es sei aber auch zugleich darauf verwiesen, daß die Kollegen, die hier Arbeit annehmen, ihre Verhältnisse nicht verbessern können, denn niedrige Stundenlöhne und niedriger Akkordverdienst sind hier die Regel. Gerade in dem Betrieb von Holz findet in den bezeichneten Kategorien ein häufiger Wechsel statt, der von allem anderen, nur nicht von annehmbaren Arbeitsbedingungen zeugt. Im November war es nach Rücksprache der älteren Kollegen mit der Firma gelungen, eine verhältnismäßige Sicherung des Akkordverdienstes von 20 Prozent über den Stundenlohn zu vereinbaren, jedoch nur für die Kolonnenführer. Denn der Vertreter der Firma drückte sich dahin aus: „Junge Leute, die sich anschliden wollen und deshalb weniger Gewicht auf den Verdienst legen, erhalten wir genug.“ Vorige Woche wurde jedoch den beschäftigten Kollegen eröffnet, daß in Zukunft diese geringfügige Sicherung weggelassen und statt dessen der Lohn um 2 Pf. die Stunde erhöht werden solle. Zwar soll Akkordarbeit nach wie vor bestehen bleiben, der eventuelle Überschuss jedoch erst ohne jede Abschlagszahlung nach Beendigung der Arbeit zur Auszahlung gelangen, das heißt wenn noch ein solcher vorhanden ist. Und dies ist, wie die Erfahrung gelehrt hat, niemals der Fall. Demnach liegt die Sache so, daß etwa zureisende Kollegen sich auf einen durchschnittlichen Verdienst von zirka 40 bis 45 Pf. die Stunde bei 6 1/2 stündiger Arbeitszeit gefast machen müssen. Dies ist aber bei den außerordentlich teuren Lebensverhältnissen Harburgs viel zu wenig, es steht fest, daß in der Provinz Hannover die Stadt Harburg die höchsten Preise für die notwendigen Bedürfnisse aufweist. Im übrigen wollen wir noch bemerken, daß alle hiesigen Firmen dem berüchtigten Arbeitgeber-Verband angehören und somit gezwungen sind, die etwa einzustellenden Arbeiter durch den Arbeitgeber-Arbeitsnachweis zu beziehen. Sehr viele Kollegen haben mit diesem Institut schon recht trübe Erfahrungen gemacht. Die Verwaltung dieses Nachweises ist in den Händen eines gewissen preußischen Wachtmeisters, der nicht das geringste soziale Empfinden hat. Sollten einzelne Kollegen trotz dieser Zeilen noch ihr Glück hier versuchen wollen, so raten wir ihnen, sich unter allen Umständen erst an die hiesige Verwaltungsstelle unseres Verbandes um Auskunft zu wenden.

Saitlingen. Bekanntlich hat die Firma Hoh in vorigen Spätherbst mit der Organisation einen Vertrag abgeschlossen, in dem eine Lohnerhöhung von zirka 10 Prozent vorgesehen war. Kurze Zeit nach Abschluß des Vertrags verkaufte die Firma Hoh ihren Betrieb an die Millionenfirma Höhner in Troßingen. Auf die Aufgabe der Arbeiter, wie es nun mit dem abgeschlossenen Vertrag stehe, wurde ihnen durch Herrn Hoh erklärt, daß auch die Firma Höhner die vorsehenerhöhten Löhne bezahle. Allein Versprechen und Galten ist zweierlei. Als am 1. Januar die erhöhten Lohnsätze in Kraft treten sollten, wurde den Arbeitern mitgeteilt, daß auf Grund der eingetretenen Steigerung des Metallpreises die Firma die Lohnerhöhung nicht bezahlen könne. Mit Recht rief diese Erklärung die größte Entrüstung der Arbeiter hervor, und als die Firma nicht zu bewegen war, die tariflich festgesetzte Lohnerhöhung zu bezahlen, legten 64 Mann, durchweg Harmonikmacher, die Arbeit nieder. Am 6. Februar ist nun durch die Vertreter des Verbandes versucht worden, die Firma zu veranlassen, den Arbeitern entgegenzukommen. Es wurde von der Firma erklärt, daß sie bereit sei, durch technische Verbesserungen, Beseitigung von erschlafftem Rohmaterial und Verkürzung, Einführung eines neuen Produktionszweigs die Arbeiter in den Stand zu setzen, höhere Verdienste als bisher zu erzielen. Die ungenügenden Verkaufspreise ermdöglichten der Firma nicht, höhere Preise zu bezahlen. Auf Grund dieser Versprechungen erklärten sich die Arbeiter bereit, am Montag den 11. Februar die Arbeit wieder aufzunehmen. Hoffentlich sorgt die Firma durch Erfüllung ihres Versprechens dafür, daß der Frieden auch dauernd erhalten bleibt.

Leunberg (Oberspaly). Ein fürchterlicher Unglücksfall ereignete sich am Mittwoch den 30. Januar auf der Nachtz. Nachmittags 1/4 Uhr wurden im Füllwerk drei Arbeiter schwer verbrannt. Joseph Feldmeier von Bursplangenfeld verfiel unter qualvollen

geblicher „Unterschlagung“ zu zwei Monaten Gefängnis und der Verbandsvorsitzende Bauer wegen „Begünstigung“ zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Dieses Urteil war im höchsten Grade unverständlich. Vom Reichsgericht wurde es denn auch wegen rechtlicher und tatsächlicher Irrtümer aufgehoben. Der Verurteilte hat von dieser Ehrenrettung aber nichts mehr erfahren.

Der Kampf in der Berliner Holzindustrie wird auf beiden Seiten mit Erbitterung geführt. Es haben nicht alle Unternehmer ausgespart. Um diese nun zur Aussparung ihrer Arbeiter zu veranlassen, haben die Verbände der Berliner Holzindustrie vereinigt die Verbände der Tischlermeister und Holzindustriellen einstimmig beschlossen, ein Ultimatum an alle die Mitglieder der Verbände zu richten, die bisher den Beschlüssen der Generalversammlung der Holzindustriellen nicht in vollem Umfang nachgekommen sind. Sie sollen aufgefordert werden, binnen drei Tagen alle Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu entlassen. Man rechnet damit, daß die Aussparung sich auch noch auf andere Städte, so besonders auf Leipzig, Breslau und Götting, ausdehnen wird. Die Berliner Gewerkschaften haben beschlossen, infolge des Lohnkampfes der Berliner Holzarbeiter vorläufig von Lohnbewegungen abzusehen. Nach den Mitteilungen der Unternehmer sind von der Aussparung 10698 Mann betroffen worden. Von dieser Zahl entfallen auf Möbelhändler 7431 Mann, Bautischler 2103, Sadelhändler 604, Fräher 200 Mann, auf den Betrieb zu Weisensee 350 Mann. Schon diese Zahlen lassen erkennen, daß es mit der „allgemeinen“ Aussparung nicht weit her ist, denn es werden in Groß-Berlin rund 30000 Holzarbeiter beschäftigt. Aber auch die von den Unternehmern angegebenen Zahlen stimmen nicht ganz. In einer Versammlung der Ausgesparten, die am 7. Februar stattfand, wurde die Zahl auf 8208 angegeben. Von diesen waren zu vergleichen in Weisensee 371, in Rixdorf 400. Etwa 1000 waren abgereist. — In Kiel wollen die Unternehmer ihren Berliner Kollegen zu Hilfe kommen. Da die dortigen Holzarbeiter ihnen keinerlei Vorwand zu einer „Aktion“ boten, nahmen die Unternehmer zu einem höchst niederträchtigen Kontraktbruch ihre Zuflucht. Volkswindiger Friede herrschte zwischen Unternehmern und Arbeitern, ein Tarifvertrag, der bis zum 1. April 1908 beziehungsweise 1909 Gültigkeit haben sollte, war seit anderthalb Jahren in Kraft, da erhielt am 30. Januar der Vorsitzende der dortigen Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbandes vom Vorstand der Kieler Ortsgruppe des Arbeitervereinsverbandes für das deutsche Holzgewerbe ein Schreiben mit der Aufforderung, bis zum 31. Januar die Erklärung abzugeben, daß die Organisation der Gesellen künftig den Arbeitsnachweis der Unternehmer anerkennen wolle. Der Vorsitzende der Holzarbeiter antwortete umgehend, darüber könne er allein nicht entscheiden, er wolle jedoch die Angelegenheit einer Mitgliebersammlung unterbreiten. Diese Ansicht auf eine eventuelle Verständigung schien jedoch den Scharfmachern wider den Strich zu gehen, denn bereits am 1. Februar wurde in einzelnen Werkstätten den Arbeitern ein Revolver vorgelegt, durch den sie sich für alleinige Benützung des Arbeitsnachweises verpflichten sollten. Die Arbeiter lehnten es natürlich ab, ohne vorhergehenden Beschluß der Organisation eine solche Verpflichtung einzugehen, worauf sie ihre Entlassung erhielten. Am 2. Februar wurde das Mandat in einer größeren Anzahl von Werkstätten wiederholt, mit dem Erfolg, daß abends 425 Arbeiter auf der Straße lagen. Das ist einer der schlimmsten Kontraktbrüche, die sich das Unternehmertum je hat zuzuschulden kommen lassen. Eine größere Anzahl von Unternehmern hat ihren Gesellen gesagt, daß sie es selber sehr bedauern, an der Aussparung teilnehmen zu müssen. Sie könnten aber nicht anders handeln, wenn sie nicht ihre Existenz aufs Spiel setzen wollten. Man hat ihnen nämlich in brutaler Weise mit Materialsperrung gedroht, wenn sie sich nicht dem Aussparungsbeschluß fügen wollten. Das ist natürlich „kein Terrorismus“. Feine Sippchaft, diese Scharfmacher!

„Geistiges Haupt“ der Gelben

nüchtere ein gewisser Rudolf Lebius gern werden. Früher war er Berichterstatter für die fränkische Tagespost in Nürnberg. Von dort verschwand er ziemlich plötzlich und tauchte wieder auf als Redakteur der Dortmunder Arbeiterzeitung. Später wirkte er in Dresden. Auch hier blieb er nicht lange, wahrscheinlich war ihm die Beschäftigung als sozialdemokratischer Redakteur zu anständig. Seit etwa Jahresfrist ist er Angestellter des Schandverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie! Außerdem betreibt er — als privates Geschäft — die Korrumperung der Arbeiterschaft, die Gründung von Streikbrecherorganisationen in großem Stille. Er versendet ein Zirkular folgenden Inhaltes:

An die Herren Arbeitgeber!

Sie schützen Ihren Betrieb am besten dadurch gegen das sozialdemokratische Streikwesen und den Streikterrorismus, daß Sie für einen Teil Ihrer unorganisierten Arbeiter und für den Stamm Ihrer betriebsstreuen Arbeiter auf die einliegende Zeitung „Der Bund“ abonnieren. „Der Bund“ ist ein rein gewerkschaftliches, kein politisches Blatt.

Unser Blatt bezweckt unter Ausnützung der in der Arbeiterschaft wachsenden Unzufriedenheit über das sozialdemokratische Streikwesen den unorganisierten Arbeitern Courage zu machen, ihr Selbstvertrauen gegenüber der Sozialdemokratie zu stärken und ihnen behilflich zu sein, sich auch innerlich von der Sozialdemokratie zu befreien. Redaktionelle Beiträge sind sehr erwünscht.

Die Jahresausgabe auf den Kopf Ihrer Arbeiterschaft ist sehr gering. Unsere 11tägige Zeitung kostet für ein Stück vierteljährlich nur 60 Pf.; für die Monate Februar und März nur 40 Pf.

Bezugsarten:

1. Sie bestellen die Zeitungen direkt auf dem Postamt, in dessen Bezirk Ihre Arbeiter wohnen. Preis einschließlich Postgeld 66 Pf. vierteljährlich pro ein Stück (für die Monate Februar und März 44 Pf.). Die Sache hat gar keine Schwierigkeiten. Man überreicht dem Schalterbeamten eine Liste mit den Adressen. Der Beamte ist nicht befangen zu fragen, wer der Besteller ist. Viele Beamte abonnieren so für ihre Mitgließer. Wir ermächtigen unsere Geschäftsfreunde aber hiermit ausdrücklich, gegebenenfalls zu erklären, daß unser Verlag die Abonnements aufgibt.
2. Sie beziehen die Zeitungen, wenn es sich um mindestens 50 Stück handelt, direkt frei als Paket. Preis vierteljährlich pro Stück 60 Pf. (für die Monate Februar und März 40 Pf.).
3. Sie senden dem Verlag des „Bund“ die Adressen der Arbeiter und wir schicken dann die Zeitungen direkt unter Kreuzband oder durch Überweisung nach den angegebenen Privatwohnungen. Preis vierteljährlich pro Stück 78 Pf. (für die Monate Februar und März 52 Pf.).

Die Bezugsarten 1 und 3 haben den Vorzug, daß die Arbeiter nicht einmal wissen, wenn sie die Zustellung des Blattes ver danken.

Indem wir hoffen, daß Sie unsere gemeinsamen Bestrebungen auch sonst durch Zusatzenaufträge (Arbeitsmarkt) und durch Empfehlung in Ihren Kreisen unterstützen werden, verbleiben wir

Mit vorzüglicher Hochachtung
Verlag der Arbeiterzeitung „Der Bund“
Rudolf Lebius.

Nachschrift: Wir geben Ihnen gern zahlreiche Referenzen auf.

Nach dem was bis jetzt zu Gesicht gekommenen Exemplaren dieses Streikbrecherblattes fürchten wir freilich keineswegs, daß es der Arbeiterbewegung ernsthaften Schaden tun wird. Die darin enthaltenen Schwandeleien sind so launisch aufgetragen, daß ein auch nur etwas geheimer Arbeiter sie gleich als solche erkennt. Freilich scheint es dem Herrn Lebius bequemer zu sein, zu schwandeln und zu verleumben, als durch arbeitsreiche Arbeit einer Kulturbewegung zu dienen. Originell sind die Vorschläge, die er zur Verbreitung dieses Schandblattes macht. Unsere Kollegen wissen aber nunmehr, woran sie sind, wenn es ihnen eines schönen Tages durch den Postboten ins Haus gebracht wird. So ein Postproletariat muß ja seine Pflicht tun. Sehr freundschaftliche Grüße schickt Herr Lebius gegen die Hirsch-Dunderschen zu. Und kann's recht sein. Sie passen zu einander.

Erschlichene Streikunterstützung.

Während des vorjährigen Streiks der Gipser und Stuckateure in Hamburg „Kreitz“ auch der Gipser August Philipp, so behauptete er wenigstens. Er erhielt in der Zeit vom 28. April bis 12. Mai Unterstützung im Betrag von 17 Mt., 14 Mt. und 20 Mt., worüber er Duitungen ausstellte. Als der Verbandsvorstand in Erfahrung brachte, daß er von Ph. betrogen worden sei, verlangte er das Geld zurück, und als Ph. dies verweigerte, wurde gegen ihn Anzeige wegen Betrug erstattet. Der Angeklagte suchte sich damit herauszureden, daß er nur eine Art Gratifikation, aber keinen Lohn für seine Tätigkeit erhalten habe, so daß er zur Erhebung der Streikunterstützung berechtigt gewesen sei. Durch die Beweisaufnahme wurde das genaue Gegenteil festgestellt. Der Angeklagte hat sich zur Streikkontrolle eingekunden, seine Kontrollkarte absteampeln lassen und dann seine Arbeitswilligkeit ausgedrückt. Das Schöffengericht in Hamburg verurteilte ihn am 6. Februar zu einer Woche Gefängnis, indem es als strafschwerend die große Raffiniertheit des Angeklagten in Betracht zog.

Wer ruiniert den Mittelstand?

Diese Frage beantworten gewöhnlich sowohl diejenigen aus dem bürgerlichen Lager, die sich als „Mittelstand“ bezeichnen, als auch die, die diesen „Mittelständlern“ aus irgend einem Grunde nach dem Munde reden, mit den zwei Worten: „Die Sozialdemokratie.“ Wie es damit aber in Wirklichkeit aussieht, zeigt der Jahresbericht der Handelskammer in Ulm, worin folgende Stelle vorkommt: „Wenn nun auch im allgemeinen der Geschäftsgang befriedigend genannt werden kann, so trifft dies nur zu hinsichtlich des Bedarfs an Handwerkszeugnissen, nicht aber hinsichtlich des erzieltten Gewinns. Wenn auch die Absatzverhältnisse im allgemeinen günstige waren, so traten verschiedene ungünstige Erscheinungen auf, welche den Verdienst des Handwerksmeisters schmälerten. Vor allem hat die Preissteigerung dem Messergewerbe einen großen Schaden gebracht und manchem Meister den Betrieb eines selbständigen Geschäftes fast zur Unmöglichkeit gemacht. Die Verteuerung fast sämtlicher Lebensmittelpreise bedingte auch erhöhte Lohnansprüche der Arbeiterschaft. Ebenso stiegen im vergangenen Jahre fast durchweg bei allen Branchen die Preise der Rohprodukte und Halbfabrikate. Ein großer Teil der Lieferanten von solchen schloß sich zu Ringen und Syndikaten zusammen, denen der Handwerker einzelfühend machtlos gegenübersteht. Andererseits war es aber nicht möglich, diesen Steigerungen gegenüber auch nur annähernd befriedigende Preise für die verschiedenen Handwerkszeugnisse zu erzielen. So gingen zum Beispiel die Preise des Lebers im letzten Jahre bedeutend in die Höhe und steigern sich bis heute noch immer in enormer Weise. Auch erfulhren Metalle, Luche, Wolle u. s. m. ganz merkwürdige Steigerungen; auch die Holzpreise erreichten eine Höhe, welche für manche Handwerksarten geradezu bedenklich wurde.“

Die Wirtschaft- und Sozialpolitik der Regierung und der bürgerlichen Parteien, die sich als Mittelstandsdreter aufspielen, ruiniert also den sogenannten Mittelstand.

Wieder ein „Auführprozeß“.

Vor dem Schwurgericht in Würzburg standen jüngst zehn Steinarbeiter unter der Anklage des „Auführs“. Der Prozeß war ein Nachspiel zu dem vorjährigen Streik der Steinarbeiter im Mainlandsteingebiet. Die Aktiengesellschaft Mainlandsteingewerke in Gelsbach und Gohmannsbach lehnte brüsk jedes Zugeständnis ab, so daß ein hartnäckiger Kampf entstand, der von Anfang Mai an den ganzen Sommer hindurch währte. Am 20. August ein Transport Streikbrecher kam, entwickelte sich erst ein Wortgefecht, das durch Provokation und höhnische Nebenarten der Streikbrecher in eine arge Prügelei ausartete. Aus der Sache wurde ein „planmäßiger Überfall“ gemacht. Ursprünglich waren 64 Personen angeklagt, davon wurden aber 44 wieder außer Verfolgung gesetzt. Nach tagelanger Verhandlung erkannten die Geschworenen auf Landfriedensbruch, Verleib unter milderen Umständen. Das Gericht sprach folgende Strafen aus: Sebastian Sauer ein Jahr Gefängnis; Hentelmann und Häber je neun Monate; Frank, Müller und Grieb je fünf Monate; Karl und Joseph Sauer und Schmitt je drei Monate Gefängnis. Balltrapp wurde freigesprochen. Sebastian Sauer wurde als „Rädelsführer“ bestraft, obwohl er nachwies, daß er erst dann nach einem Streikbrecher schlug, als dieser eine Bewegung machte, als wolle er das Messer gegen Sauer ziehen. Die Streikbrecher haben sich außerordentlich provokatorisch gegen die ihnen gütlich zuredbenden Streikenden benommen, sie bedroht und auch kräftig geschlagen. Jedoch nicht die Arbeitswilligen, die nützlichsten Elemente im Staate“, wurden bestraft, sondern die Provokierten wurden von den aus der Bourgeoisie stammenden Geschworenen für schuldig befunden.

Ein Steuermerkblatt.

Daß durch Zölle und Steuern dem arbeitenden Volke die aller notwendigsten Lebensmittel in schandbarer Weise verteuert werden, ist in der Metallarbeiter-Zeitung schon wiederholt nachgewiesen worden. Es ist aber notwendig, dies öfters zu wiederholen. Wir bringen deswegen folgende kleine Zusammenstellung:

Durch Zölle und Steuern erhöhen sich die Preise für		
das Kilo Getreide	um 5 beziehungsweise 5 1/2 Pf.	
= Mehl	= 7	
= Brot	= 7	
= Salz	= 12	
= Zucker	= 14	
= Kaffee	= 40	
= Reis	= 6	
= Bitter Bier	= 1 bis 2	
= Branntwein	= 28	
1 Hering	= 1/2 bis 1	

Aus diesen Pfennigen, die jede tausende Frau im Augenblick des Kaufes zahlt, um die also die notwendigen Lebens- und Genussmittel verteuert werden, sammelt die Reichskasse

aus Zöllen überhaupt	580 Millionen Mark
(davon aus Getreide und Hülsenfrüchtlern)	200
Salzsteuer	54
Zuckersteuer	136
Branntweinsteuer	117
Biersteuer	52

Der Zoll auf Petroleum, das Beleuchtungsmaterial des armen Mannes, bringt über 75 Millionen, ungefähr ebensoviel der Zoll auf Kaffee.

Wer hat diese Zölle und indirekten Steuern geschaffen? Die Gegner der Sozialdemokratie, vornehmlich Zentrum und National-liberale! Und wer verlangt statt ihrer direkte Reichseinkommensteuer? Die Sozialdemokratie!

Kollegen, zeigt dies euren Frauen!

Dr. Bödiker gestorben.

Am 4. Februar starb der frühere Präsident des Reichsversicherungsamtes, Wirklicher Geheimen Oberregierungsrat Dr. Bödiker, im Alter von 68 Jahren an Herzschwäche. Der Verstorbene war vom Jahre 1894 bis Juni 1897 der erste Präsident des Reichsversicherungsamtes. Als solcher wendete er seine hohe Sachkenntnis, sein Verwaltungstalent und sein soziales Empfinden unparteiisch an und suchte die soziale Gesetzgebung mit gerechtem und sozialem Geiste zu handhaben. Er hat sich durch seine Sachkenntnis, sein soziales Empfinden und sein unerschrockenes Eintreten für die Zwischend der Arbeit bei der Arbeiterschaft ein dauerndes Andenken erworben. So bekannte er sich unter anderem auch zu der Ansicht, daß die gesamte soziale Gesetzgebung erst eine geringfügige Abschlagzahlung auf die Forderungen der Arbeiter sei und daß in der Tat die Arbeiter die gesamten Lasten der Versicherung tragen, da ja der nominell von den Unternehmern bezahlte Beitrag nur „ein von vornherein feststehender Teil des Lohnes“ sei. Ein Mann von so hoher Unparteilichkeit und solch glühendem Streben nach sozialer Pflichtenfüllung mußte in Konflikt mit der herrschenden

Klasse kommen. Der Konflikt laut, als er den scharfmacherischen Bestrebungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller sich nicht beugen wollte, die im Reichsamt des Innern seit Ende 1896 in immer schärferem Maße die Oberhand gewonnen hatten. Wer wie Dr. Bödiker unparteilich unter gerechter Würdigung der Lage des Arbeiters das Reichsversicherungsamt zu leiten und die soziale Rechtsprechung unparteilich und gerecht auszuüben suchte, konnte in dem reaktionären Kurzes, den die herrschende Klasse im Reich steuerte, ohne fortdauernd wachsende Fernwürnisse nicht im Amte bleiben. Als er im Jahre 1897 infolge des Druckes der antizipalen Richtung in den Regierungskreisen aus dem Amte scheiden wollte, baten ihn die Arbeiter lebhaft, leider vergeblich, im Amte verbleiben zu wollen. Nach seinem Abgang zog „ein anderer Geist“, der mehr den Wünschen der Scharfmacher entsprach, in das Reichsversicherungsamt ein.

Hirsch-Dundersiana.

Der Regulator schwindelt in Nr. 6 wieder eine Menge über die Mitgliederzahl des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zusammen. Er will diese aus den an die Generalkommission bezahlten Beiträgen berechnen. Das wäre nun an sich kein Fehler, wenn der Regulator nur die richtige Grundlage dafür wählen wollte. Aber so gibt er für 1904 die richtige Durchschnittszahl der Mitglieder unseres Verbandes mit 176221 an, für 1905 aber die seinerzeit an das Kaiserliche Statistische Amt für Ende des vierten Quartals gemeldete Zahl von 260805. In Wirklichkeit betrug diese laut Abrechnung in Nr. 14 der Metallarbeiter-Zeitung von 1906 259692 und im Durchschnitt 225732 (Jahrbuch für 1906). Aus den an die Generalkommission abgeführten Beiträgen folgert er nun, daß wir 1904 für 14178, für 1905 aber gar für 48112 Mitglieder zu wenig Beitrag geleistet oder daß unsere Mitgliederzahl um so viel niedriger gewesen sei. Mit welcher Wissenhaftigkeit der Regulator verfährt, zeigt ja schon die Tatsache, daß er für 1905 statt mit unserer Durchschnittszahl von 225732 mit 260805 operiert. Kein Wunder, daß er uns danach gleich 48112 Mitglieder eskamotiert. Wir hatten doch nicht (wie das ungefähr beim Gewerksverein der Fall ist) am Anfang des Jahres 1905 schon so viel Mitglieder wie am Schluß. Aber die Sucht zu lügen und zu schwindeln macht den Regulator blind. Und deshalb schwindelt er sogar noch zu seinen Ungunsten, indem er statt einer Summe von 5290,24 Mt. eine solche von 5920,24 Mt. ausführt. Bevor der Regulator seine Rechenkünste spielen ließ, hätte er sich doch vor allem, wenn er es nicht schon mußte, darüber informieren und es seinen Lesern mitteilen sollen, in welcher Weise die Beiträge an die Generalkommission berechnet werden. Aber er will nun einmal schwindeln und lügen. Nicht weil wir hoffen, daß die Lügen- und Schwindelpeter des Regulator ihr sauberes Handwerk einstellen werden — sie werden nach wie vor dem Reichs-Lügen- und Schwindelverband Konkurrenz zu machen suchen —, sondern um es unseren Mitglieðern leicht zu machen, ihren Kollegen vom Gewerksverein zu zeigen, wie die Hirsch-Dunderschen Führer sie belügen und anschwandeln, teilen wir hier mit, wie die Berechnung der an die Generalkommission von den Gewerkschaften zu leistenden Beiträge erfolgt. Es ist dafür weder die durchschnittliche noch die Mitgliederzahl am Ende eines Jahres maßgebend, sondern die Gesamtzahl der geleisteten Wochenbeiträge. 52 Beiträge werden gleich 1 Mitglied gerechnet. Pro Mitglied und Jahr sind an die Generalkommission 16 Pf. abzuliefern. Im Jahre 1905 wurden im Deutschen Metallarbeiter-Verband 10492459 Beiträge bezahlt. In diese Zahl dividiert mit 52 gibt 201778 x 16 Pf. = 3228448 Mt. Es ist nun selbstverständlich, daß in Wirklichkeit in einem Jahre niemals 52 Beiträge auf jedes Mitglied entfallen können. Die Ursachen dafür sind jedem Gewerkschafter bekannt, auch den Lügen- und Schwindelpetern des Regulator. 1904 entfielen im Deutschen Metallarbeiter-Verband auf ein männliches Mitglied 48,7, auf ein weibliches 45,7 Beiträge, im Jahre 1905 waren es 46,7 und 40,8. Aus der Differenz zwischen diesen Durchschnittsleistungen und der als Grundlage der Berechnung für die Generalkommission dienenden Zahl 52 resultiert auch die Differenz zwischen der Durchschnittsmitgliederzahl von 225732 und der Zahl 201778. — Der Regulator und die übrigen Hirsch-Dunderschen Lügen- und Schwindelblätter wollen nun gar auch ihren Lesern glauben machen, der Deutsche Metallarbeiter-Verband sei außerhande, seine Verpflichtungen gegen die Generalkommission zu erfüllen. Wie, wann und ob er sie erfüllt, geht alle diese traurigen Gesellen nichts an, die die deutsche Arbeiterbewegung verschimpfen. Aber es ist doch der Gipfelpunkt der Frechheit, den Leuten weismachen zu wollen, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband zahle an die Generalkommission zu wenig oder zu spät aus dem Grunde, weil er nicht zahlungsfähig sei. Wägen doch nur ja der Generalrat der Maschinenbauer und sein Vorsitzender hübsch still sein! Sie getrauten sich ja gar nicht, eine richtige Jahresabrechnung für 1905 zu veröffentlichen, sondern speisten ihre Mitglieder mit dem Jahresbericht der Generalratskassa ab. Mit der Veröffentlichung einer richtigen Jahresabrechnung würde so mancher Schwindel, der von den Hirsch-Dunderschen „Führern“ getrieben wird, aufgedeckt werden. Die Herren sollten also wirklich vor ihrer Türe lehren!

Neuerdings haben die Hirschblätter auch wieder ein großes Geschrei über die wegen Streit- und anderer Vergehen aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband Ausgeschlossenen erhoben. Solche Ausschüsse können beim Gewerksverein selbstverständlich nicht vorkommen. Dort propagieren ja selbst die Generäle den Streikbruch. Wollte der Gewerksverein die Grundsätze anwenden, die im Deutschen Metallarbeiter-Verband gegen den Streikbruch gelten, dann müßten in erster Linie seine Führer zum Teufel gejagt werden.

Gewerbegerichtliches.

Verlorenes Arbeitsbuch. Vor dem Kölner Gewerbegericht klagte ein Weber gegen die Kölnische Baumwollspinnerei und Weberei auf Zahlung einer täglichen Entschädigung von 3,10 Mt. bis zur Herausgabe des Arbeitsbuchs. Er habe dieses nicht zurückgehalten und könne ohne das Buch keine Stelle finden. Die Beklagte erklärte, das Buch sei nicht aufzufinden; dem Kläger sei bei seinem Austritt eine Bescheinigung angeboten worden, daß er bei der Firma in Arbeit gestanden habe. Auf Grund dieser Bescheinigung wurde der Kläger bei Vorgehung auf dem Polizeikommissariat ein neues Buch erhalten haben. Er habe aber die Bescheinigung abgelehnt. Der Kläger gab dieses zu; er erklärte, in dem alten Arbeitsbuch seien seine Zeugnisse enthalten, ohne diese bekomme er keine Arbeit. Auf dem Polizeikommissariat habe man ihm die Ausstellung eines Arbeitsbuchs verweigert. Das Gericht fällt folgendes Urteil: Wenn es selbst richtig ist, daß das Polizeikommissariat sich geweigert hat, dem Kläger ein neues Buch auszustellen, so kann der Kläger doch die Beklagte für einen etwaigen Schaden nicht verantwortlich machen, da diese ihre Verpflichtung, dem Kläger bei der Beschaffung eines neuen Arbeitsbuchs behilflich zu sein, durch das Angebot der Arbeitsbescheinigung erfüllt habe. Die Gewerbeordnung bestimme in § 109, daß, wenn das Arbeitsbuch nicht mehr brauchbar oder verloren gegangen, an seiner Stelle ein neues auszustellen ist, und zwar durch die Polizeibehörde des Ortes, wo der Inhaber des Arbeitsbuchs zuletzt seinen dauernden Aufenthalt gehabt hat. Der Kläger kann also wegen etwaigen Schadens nur die örtliche Polizeibehörde verantwortlich machen, nicht die Beklagte.

Vom Ausland.

Osterreich.

Die Arsenalarbeiter des Krieger Lloyd haben an die Direktion die Forderung gerichtet, daß die Löhne der Arbeiter, die weniger als zwei Kronen Tagelohn beziehen, um 60 Heller täglich erhöht werden und die der Arbeiter, die mehr als zwei Kronen erhalten, um eine Krone täglich. Die Direktion wollte für die beiden Arbeiterkategorien aber nur 25 Heller und 35 Heller täglich bewilligen. Dieses lehnten die Arbeiter ab und beschloßen, passive Resistenz zu üben, indem sie jede Überstundenarbeit ablehnten. — Der Verband der Freier, Matrosen und Unteroffiziere des Lloyd hat eine Petition an die Lloyddirektion gerichtet, worin er die endliche Durchführung

der schiedsrichterlichen Entscheidung vom Februar 1902 und die Durchführung der Bestimmungen über den Achtstundentag und die Zahlung der Überstunden fordert. Diese Arbeiterkategorien verlangen außerdem die Einführung der Sonntagsruhe, die Anerkennung des vom Verband selbst errichteten Vermittlungsamtes und die Entlassung der in Loggblöcken stehenden arabischen Heizer.

Belgien.

Die belgische Metallindustrie befindet sich in einer Periode wie nie zuvor. Fast alle größeren Eisenwerke haben Aufträge, deren Erledigung bis in das Jahr 1908 dauern wird. Die Aktiengesellschaft für Kleinbahnen hat allein folgende Neuanschaffungen im Auftrag gegeben: 104 Lokomotiven, 20 Wagen I. Klasse, 20 Gepäckwagen, 140 andere Güterwagen. Dies sind im ganzen für vier Millionen Franken Aufträge, die ausnahmslos belgischen Werken zugewiesen worden sind.

Niederlande und Belgien.

Die Diamantarbeiter in Amsterdam arbeiteten bis zum Jahre 1894 gewöhnlich 12 Stunden täglich und gegen das Ende der Woche machten sie wohl gar noch zwei bis vier Überstunden, um einen erträglichen Lohn herauszuschinden. Nachdem jedoch der Diamantarbeiter-Verband seine Tätigkeit entfaltet, wurde es besser. 1896 wurde der Achtstundentag eingeführt und 1904 wurde nach einer großen und langwierigen Aussperrung der Arbeitszeit sofort auf 9 1/2, ein halbes Jahr später auf neun Stunden verkürzt. Dieselbe Arbeitszeitverkürzung wurde in Antwerpen erzielt. Auch stehen die Arbeiter dieses Berufs sowohl in der holländischen wie in der belgischen Diamantarbeiterstadt vor der Einführung des Achtstundentags. In Amsterdam ist bereits zwischen den Vorständen der Juweliersvereinigungen und des Diamantarbeiter-Verbandes ein Übereinkommen erzielt worden, wonach zunächst die Arbeitszeit auf 8 1/2 und am 1. Januar 1909 auf acht Stunden verkürzt werden soll. Bedingung dafür ist, daß im ganzen 2000 Gehrlinge zugelassen werden, 1500 sofort, die übrigen im Laufe von zwei Jahren. Lohnherabsetzungen sollen mit den Arbeitszeitverkürzungen nicht eintreten und die Affordpreise beide Male um fünf Prozent erhöht werden. Über diese Vorschläge haben die Mitglieder der Unternehmer- wie der Arbeiterorganisation zu entscheiden. Der Amsterdamer Diamantarbeiter-Verband hat zu diesem Zwecke zwei große Versammlungen veranstaltet, von denen die erste am 30. Januar im Palais voor Volkslijst stattfand und von 3000 Mitgliedern besucht war. Das Ergebnis der Zettelabstimmung über die Vorschläge war folgendes: 2659 stimmten gegen den Achtstundentag, weil ihnen die Zahl von 2000 Gehrlingen zu hoch war, 1509 stimmten dafür und 15 Zettel waren unbeschrieben. Die weitere Versammlung des zum 3000 Mitglieder zählenden Amsterdamer Verbandes wird daselbst ebenfalls zeitig, so daß für Holland der Achtstundentag unter den gestellten Bedingungen abgelehnt worden wäre. An demselben Tage hielt der Antwerpener Diamantarbeiter-Verband eine große Versammlung ab. Sie hieß mit 1477 gegen 307 Stimmen die Einführung des 8 1/2-stündigen Arbeitstags auf den 1. Januar 1908 und des achtstündigen auf den 1. Januar 1909 gut und erteilte dem Verbandsvorstand den Auftrag, mit den Unternehmern darüber zu verhandeln.

Norwegen.

Die große Anzahl von Lohnbewegungen, die im vorigen Jahre bei dem Vorstand des Norwegischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes beantragt worden waren, legten diesem den Gedanken nahe, mit dem Unternehmerverband (Norsk arbeidsgiverforening) wegen einer allgemeinen Vereinbarung in Unterhandlungen zu treten. Diese wurden am 3. Juli beendet. Das Resultat dieser Unterhandlungen wurde den Mitgliedern des Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes zur Abstimmung unterbreitet. Es wurde jedoch verworfen. Um nun Klarheit über weiteres Vorgehen zu schaffen, wählte der Vorstand einen außerordentlichen Verbandstag einberufen. Jedoch auch dieser wurde von den Mitgliedern mit 1216 gegen 59 Stimmen abgelehnt. Darauf forderte der Vorstand die Lokalabteilungen auf, ihre Vorschläge für ein Lohnabkommen mitzuteilen. Dies geschah. Alle Lokalabteilungen erklärten es für notwendig, daß sobald wie möglich neue Verhandlungen eingeleitet werden. Gleichzeitig verlangte der Vorstand einen neuen Entwurf zum Mindestlohnvertrag und schlug vor, daß das neue Verhandlungsabkommen aus zwei Vertretern des Vorstandes und je einem Delegierten der Abteilungsverbände in Christiania, Bergen und Trondhjem bestehen solle. Diese Vorschläge wurden sämtlich angenommen. Außerdem ging aber noch eine Reihe von ergänzenden Vorschlägen ein, die der Vorstand vollständig anerkennend und zusammen mit den sonstigen samt Begründung dem Unternehmerverband zusandte. Dessen Vorstand istung vor, es möchten noch Vertreter des Forner-Verbandes, des Holzarbeiter-Verbandes und des Arbeiter-Verbandes hinzugezogen werden, damit das Abkommen sich auch über diese Branchen erstreckt. Dessen Wunsch wurde willfahrt. Das neue Komitee setzte sich zusammen aus zwei Vertretern des Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes und je einem Vertreter der drei anderen Verbände. Die dem Unternehmerverband unterbreiteten Forderungen erstreckten sich auf folgende Punkte: 1. Mindestlohnvertrag für gelehrte Arbeiter und Hilfsarbeiter. 2. Mindestlohn für Lehrlinge und Arbeitsburschen. 3. Mindestlohn für Arbeiterinnen. 4. Erhöhung des Stundenlohns für alle, die durch Einführung der Mindestlohn keine Lohnverbesserung erlangen. 5. Verkürzung der Arbeitszeit auf 56 Stunden wöchentlich. 6. Bestimmungen über Entschädigung der Überstunden, Erhöhung des Überstundenzuschlags. 7. Regeln für die Altersarbeit. 8. Regeln über den Lohnzuschlag bei Arbeiten außerhalb des Betriebs. 9. Arbeitslosenordnung. 10. Anerkennung der Vertrauensmänner. 11. Strafen für Ungehorsam. 12. Regeln für Verhandlungen und Schlichtung von Streitigkeiten.

England.

Ein neues Brudergesetz. Unter dem Titel: The Metal Worker ist die erste Nummer von dem englischen Organ der am 21. Oktober 1905 gegründeten Britischen Metallarbeiter-Föderation erschienen. Es ist ein 24 Seiten langes Organ. Als Herausgeber fungiert der Sekretär der britischen Sektion des Internationalen Metallarbeiterbundes, Kollege Charles Johnson. Aus dem Inhalt dieses Heftes heben wir außer dem Inhaltsverzeichnis und Beiträgen von hervorragenden britischen Metallarbeitern hervor: „Lohnbewegung der Eisenarbeiter“ von Emma Webb; „Dritte Konferenz der Metallarbeiter-Föderation“ (woraus wir noch weiteres mitteilen werden, sobald der Bericht vollständig vorliegt); „Arbeitslosigkeit in der Eisenindustrie“ von E. Webb; „Seltene Metallarbeiten“; „Das Gesetz über gemeinnützige Einrichtungen“ von E. Bradburn und andere mehr. Dieses neue Organ ist ein sehr wertvolles Hilfsmittel für die Arbeiter, unter den britischen Metallarbeitern ausbreiten zu werden und unter den Mitgliedern der Leiter noch sehr vielen britischen Metallarbeiterorganisationen des Gehalts der Informationsmöglichkeit zu bieten. Wenn die folgenden Nummern dieses Organes unter dem Titel, wie die erste, auf dem Markt mit noch paratkommen werden, so werden wir nicht zögern, unser Lobeswort demselben bekannt zu machen.

Japan.

In Osaka wurden, wie die letzte Nummer des Hōmei (Gesetzblatt) der japanischen Eisenindustrie zeigt, Anfang Dezember nach 1600 Arbeiterangehörigen ausgeschrieben. Die Inhaber des Unternehmens folgten: Die Eisenwerke von Yamanashi, die Eisenwerke von Osaka und die Eisenwerke von Fukuoka. Die Arbeiter der Yamanashi- und der Fukuoka-Werke sind in der Datschin unterstellt, die der Osaka-Werke sind in der Datschin unterstellt und unter der Aufsicht der Eisenwerke von Osaka. Die Arbeiter der Osaka-Werke sind in der Datschin unterstellt und unter der Aufsicht der Eisenwerke von Osaka. Die Arbeiter der Osaka-Werke sind in der Datschin unterstellt und unter der Aufsicht der Eisenwerke von Osaka.

Brutalität hat die Arbeiter ungeheuer erbittert und sie haben Märtyrer geschaffen. Aus der Entwicklungsgeschichte der Arbeiterbewegung aller Länder wissen wir, daß dieses beliebte Rezept der Herrschenden den Aufstieg der Arbeiterklasse auf die Dauer nicht hindern kann. Und so ist denn Hitaro auch in der Lage, noch folgendes mitzuteilen: „Trotz der andauernden Anstrengungen der Regierung, die Veröffentlichung von Streifenachrichten in den Zeitungen unmöglich zu machen, finden fortwährend in allen Städten Japans Arbeitseinstellungen statt. Gewiß ein Beweis dafür, daß die japanische Arbeiterklasse mit Macht zu erwachen beginnt.“

Literarisches.

Kalender für Betriebsleitung und praktischen Maschinenbau. Fahr-, Hand- und Hilfsbuch für Besitzer und Leiter maschineller Anlagen, Betriebsbeamte, Techniker, Monteure und solche, die es werden wollen. Mit über 550 Textfiguren, circa 900 Seiten Text, technischem Kalendarium und zahlreichen wertvollen Tabellen. Herausgegeben und jährlich neu bearbeitet von Direktor Hugo Guldner. Verlag von S. A. Ludwig Degener, Leipzig, 15. Jahrgang, 1907. Gebunden 3 Mk.; in Briefstafelheftband 5 Mk. Wenn man die beiden schmucken Bände durchsieht, so erkennt man sofort, wie auch in diesem Jahre der bekannte Verfasser mit Erfolg bestrebt gewesen ist, dem Betriebskalendar seinen alten, erprobten Ruf als wirklich praktisches, brauchbares Jahrbuch für alle, die Maschinen bauen oder benutzen, zu festigen und zu wahren. In jedem Abschnitt erkennt man die helfende Hand. Wir greifen nur heraus in ersten Teile die Kapitel über Betriebslohn, Treibriemen, Triebwerke, Dampfmaschinen, Verbrennungsmotore, Gastkraftanlagen; im zweiten Teile die Abschnitte über Gießereipraxis, Druckluftwerkzeuge, Rielmaschinen neben vielen neuen Beiträgen, die den Betriebsleitern der maschinentechnischen Industriezweige, Monteuren, Technikern und Fabrikbesitzern sehr erwünscht sein werden. Die regelmäßigen Auszüge aus der sozialen und patentrechtlichen Gerichtspraxis wurden wieder durch betriebstechnische Beispiele fortgesetzt.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(S. 5. 29 Hamburg).

Abrechnung der Hauptkasse pro Januar 1907.

Table with columns for location and amount. Includes entries like 'Von Alfeld 150', 'Albstadt 35', 'Altenburg 200', etc.

Ausgaben:

Table with columns for location and amount. Includes entries like 'Nach Albstadt 100', 'Altenburg 100', 'Altendorf 150', etc.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen. In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen. Samstag, 16. Februar: Dittschow, Gr. Linde, Weidens. Großhain (Sa.) Mühlste, halb 9. Bauer. Grüner Adler, halb 9 Uhr. Dittschow, Deutsches Haus, Keula, 8. Reuthe, a. d. S. Stadt, Danbau, 9. Schnitzheim, Heidenheim, Lamm, 8. Schweinmühle, Stadt Berlin, 1/9 Uhr. Zeig. Kämpfe, Schützenstr. 8, halb 9. Sonntag, 17. Februar: Mühlberg, Zwölf Apffel, vorm. 10. Berlin (Schmiede). Gewerkschaftshaus, Saal 5, vorm. 10 Uhr. Eisen-, Metall- u. Revolverdreher, Musikfeste, Kaiser Wilhelmstr. 18, vorm. 10 Uhr. Breslau (Kohleberg). Vorm. 1/11. Gumbinnen. Früh, 3 Uhr. Essen-Reitweg. Rofz u. d. Brücke, 11. Hannover. Heißguss, Langestr. 10. Ratingen. Kaiser, Westbahnhof, 6. Metzlar. Götha Garten, nachm. 4 Uhr. Montag, 18. Februar: Auensteinen. Claire, Hauptstr. 1. 8. Posen (Schloffer). Büttner, 8 Uhr. Dienstag, 19. Februar: Biebrich. Kaiser Wolf, halb 9 Uhr. Griebstadt. Goldener Löwe, 9 Uhr. Sauerbellen. Zentralschulberg, 8 Uhr. Neu-Mippin. Dinar, halb 9 Uhr. Teterow. Buhr, Schulstr., 8 Uhr. Mittwoch, 20. Februar: Gagganau. Post, halb 9 Uhr. Nordenham. Lindenhof, halb 9 Uhr. Donnerstag, 21. Februar: Elektromonteur und Helfer. Frankes Festzelt, Sebastianstr. 39, abends halb 9 Uhr. Sagen-Better. Wegmann, halb 9. Sägerdorf. Neue Welt, 8 Uhr. Ronbach. Feilen Gängen, 8 Uhr. Freitag, 22. Februar: Bremerhaven. Kolliseum, 1/9 Uhr. Eisenach. Fröhlicher Mann, a. 1/9. Samstag, 23. Februar: Aue i. Gröbe. Reichshalle, nachm. 3. Bitterfeld-Bellig. Lindenhof, a. 9. Elbing. Gewerkschaftshaus, 10 Uhr. Götha. Schöpfung, halb 9 Uhr. Herford. Lüge, Alter Markt, vorm. 10. Stellungnahme zur Generalversammlung. Mühlberg. Spidernagel, 5. Sprottau-Maria. Graf Waldersee, 4. Sarel. Hof von Eisenberg, 4 Uhr. Walleb. Freizeitsport. Löwen, 3. Montag, 25. Februar: Potsdam. Labentlin, halb 9 Uhr. Rathenow (Norma). Kristallpalast, 1/9. Dienstag, 26. Februar: Solingen Messerschlag. Gewerkschaftshaus. Berlin. Vertikalenkonferenzen. Metallformer. Montag, 18. Febr. abends 7 Uhr, Gewerkschaftshaus, Saal 3. - Süßen. Mittwoch, 20. Febr., abds. halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Berlin. Reifgebl mit nur morgens von 9-12 Uhr und nachmittags von 4-5 Uhr. Aufenthaltswörterstufung nur von 9-12 Uhr morgens im Zimmer 1 ausbezahlt. Rosenheim. Umschau für Forme und Gießer verboten. Arbeitsnachweise beim Kollegen Rudolf Eiberger, Hammerweg 7, 1. Biebrich. Bezirk (König. Sachsen). Für die Einzelmitgliedern Aue i. Gröbe. Mühlberg (Bez. Dresden) und Zwickau soll möglichst sofort je ein weiterer Geschäftsführer angestellt werden. Berücksichtigung können nur Mitglieder finden, die ununterbrochen 4 Jahre dem Verband angehören und über die notwendige rechnerische Befähigung sowie über eine genaue Kenntnis des Rassenwesens verfügen. Der Gehalt entspricht den Beschlüssen der Generalversammlung. Die Bewerbungen, aus denen das Alter des Bewerbers und die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung ersichtlich sein müssen, sind an den Bezirksleiter Magnus Haack, Dresden-N 11, Leipzigerstraße 40, 2, bis spätestens den 25. Februar einzureichen. Auf Verlangen haben die Bewerber auch eine Probearbeit anzufertigen. Gleichzeit ist in dem Bewerbungsschreiben anzugeben, ob die Bewerbung für die Einzelmitgliederschaft Aue, Mühlberg od. Zwickau gelten soll. Gestorben. Adeln. Fritz Schmann, Gürtler, 24 Jahre, Lungenerkrankung. Leipzig. Hermann Kleine, Forme, 41 Jahre, Lungen- und Nierenleiden, erkrankung und akuten Delirium. Leonberg (Oberpfalz). Josef Feldmeier, Puddler, 34 Jahre, Brandwunden. - Michael Ruck, Puddler, 48 Jahre, Brandwunden. Weifen. Anna Menzel, 40 Jahre, Herzenerkrankung. Mühlberg a. Rh. Johann Schmidt, 19 Jahre, Proletarierkrankheit.

Privat-Anzeigen.

Gejucht tücht. Werkzeugmacher. Einem tüchtigen Schlosser auf Gitterhändiger Arbeit sucht Heinrich Schmidt II. Dachflecherei und Gitterfabrikation Gröbenberg in Hessen. (853) 849) Tüchtigen Feilenhauer sucht Richard Seidel, Saalfeld a. S. (854) Einige tüchtige Feilenhauer finden gutlohnende, dauernde Beschäftigung in der Schiffschiff Feilenfabrik Leisnig i. B. (855) 2 tüchtige Feilenhauer sowie 2 tüchtige Maschinenfeilenhauer bei dauernder Arbeit und gutem Lohn sofort gesucht. Offert unter D. 846 an den Verlag d. S. 1. erbeten. (846) Gejucht Dreher, welcher auf 849) ein dem Gebiete der Feinmechanik hemannt und an sehr präzisen Arbeiten gewöhnt ist. Offerten erbeten unter D. 840 an den Verlag dieses Blattes. (850) • Eizendrehler • und gelehrte Schlosser gesucht. Präzisionswerkzeugfabrik August Reich, Wilschdorf. (851) Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Reichenstraße 16 B.